

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2018



Inhalt

Aktuell

- 3 Lehrstuhl für DDR-Geschichte erforderlich
Zum Tod von Ingvar Kamprad
Über 46 000 Anträge
Wertvolles Kulturgut
Kolloquium

Recht

- 4 Kürzungen zulässig

International

- 5 FSB beliebt wie nie
Memorial-Leiter nach Haft wieder frei
Vormilitärische Ausbildung
Zwei Jahre Gefängnis für Gespräch mit der Kanzlerin
Grundsatzstreit

Thema

- 6 Der Fußballplatz in Suchobeswodnoje

Geschichte

- 9 Gespür für Veränderungen

Koalitionsvertrag

- 10 Bedeutung erkannt – gelegentlich erinnern

Aufarbeitung

- 11 Sie haben uns geschadet
„Einblick ins Geheime“

Berichte

- 12 Projekttag zu deutschen Diktaturen
Überlebt im NKWD-Lager Tost
- 13 Gedenkveranstaltung für Arno Esch
Diktatur versus Demokratie
Inflationausgleich gefordert

Verbände

- 14 Länderübergreifende Beratung
Beratungsangebot
Neuer Direktor
Menschenrechtskongreßzentrum
- 15 Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Kontakt
Leserbriefe
Abschied

Service/Bücher

- 16 Spione wie ihr!
- 17 Macht und Widerstand
Immer wieder davongekommen
- 18 Heilende Wunden
Sozialismus hinter Gittern
Defekte einer Hochschulchronik
- 19 Filmtip

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

*Tigerkäfig Hohenschönhausen, Öl auf Leinwand,
147×108 cm, 1979/1980 gemalt von dem ehemaligen
Fluchthelfer, politischen Häftling der DDR und
Künstler Gino Kuhn.*

Editorial

28 Jahre stand die Mauer. Jetzt ist sie für immer weg – oder doch nicht?

Liebe Leserinnen und Leser,

im letzten Monat hatten wir einen denkwürdigen Wendepunkt, nämlich, daß die Schandmauer der Kommunisten nunmehr länger weg ist, als sie stand. Die SED-Machthaber errichteten die sogenannte Mauer mit Stacheldraht, Minen und Selbstschußanlagen, und die offizielle Begründung war, die „DDR-Bürger“ vor den Imperialisten zu schützen. In Wahrheit, das wissen zumindest wir, haben die Kommunisten nur versucht, durch den Bau der Mauer und das Einsperren der Menschen ihre Macht und Diktatur zu sichern.

Viele – viel zu viele Familien – hat der Bau der Mauer zutiefst getroffen, und wie weitreichend die Konsequenzen für die Menschen waren, die sich nicht mit der Mauer und deren Folgen der Unfreiheit abfinden konnten, ist uns als Betroffene wohl am besten bekannt. So sehr wir uns alle über den Fall der Mauer gefreut haben und so sehr wir die Einheit unseres Vaterlandes ersehnten und begrüßten, so sehr vermissen wir doch auch die täglich notwendige Auseinandersetzung mit den Folgen der Diktatur und mit denen, die die Schuldigen für dieses menschliche Elend waren. Nicht die Stasi, sondern die SED war es, die das Kommando hatte und die definierte und bestimmte, wer für den Frieden ist und wer nicht.

Die ehemaligen und neuen Kommunisten und Weltverbesserer haben sich schnell hineingefunden in den neuen Verhaltenskodex unserer Demokratie. Nach außen die Regel einhalten, nach innen denken wie immer und so tun, als hätte man

nichts damit zu tun gehabt. In diesen Tagen werden in den sogenannten neuen Ländern wieder Millionenbeträge aus der österreichischen NOVUM GmbH ausgeschüttet, einer Firma, die von der SED im Ausland etabliert wurde, um unbemerkt Devisengeschäfte tätigen zu können. Wie viele Milliarden an gestohlenem Volksvermögen der ehemaligen DDR-Bürger noch irgendwo schlummern, das wissen nur die, die das Geld versteckt haben.

Wer sich fragt, weshalb die SED sich nach dem Fall der Mauer nicht einfach aufgelöst, sondern umbenannt hat, der kann eine einfache Antwort bekommen: Hätte sich die SED aufgelöst und einen ehrlichen Neuanfang gemacht, dann wären ihre Milliarden verloren gegangen. So aber konnte sie zumindest einen beachtlichen Teil des Vermögens legal retten, und der Rest konnte im Dunkeln bleiben und taucht jetzt alle Jahre – erstritten durch Gerichtsverfahren – erfreulicherweise wieder auf.

Das ist für uns kein Grund, frustriert zu sein, immerhin haben wir mehr gewonnen, als jene verloren haben, die versuchten, uns zu beherrschen. Wir haben Freiheit und Würde zurückerhalten. Wir sind alle aufgefordert, gegen das Verschweigen, Vergessen und das Bagatellisieren aufzutreten. Dazu möchte ich Sie alle ermutigen und bei allem Ärger, den wir haben, auffordern, aufrecht und stolz zu dem Erreichten zu stehen.

Ihr Dieter Dombrowski

Lehrstuhl für DDR-Geschichte erforderlich

(bsa) Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat sich besorgt über die abnehmende Forschung und Lehre zur DDR gezeigt. Das habe nicht nur gravierende Folgen für die Ausbildung der Geschichtslehrer von morgen, sondern auch für die gesamtdeutsche Erinnerungskultur, sagte Geschäftsführerin Dr. Anna Kaminsky. „Ein Universitätslehrstuhl für die Geschichte der DDR wäre ein Schritt in die richtige Richtung.“ Es sei schon fast ein Skandal, daß der Kommunismus und seine Diktaturen in Forschung und Bildung so stiefmütterlich behandelt würden. „Dessen Geschichte, zu der auch die DDR zählt, muß selbstverständlicher Bestandteil von Unterricht und Lehre in der gesamten Bundesrepublik werden.“

Umfragen zeigten, daß junge Menschen wenig über die Geschichte von Demokratie und Diktatur nach 1945 wüßten. Durch Wissensdefizite entstünden aber leicht Nostalgie, Verklärung und Mythen über die DDR. Um diese Defizite zu verringern, sei die Schule gefragt. Fraglich sei aber, ob ein bis zwei Wochenstunden für den Geschichtsunterricht ausreichen. 

Zum Tod des IKEA-Gründers Ingvar Kamprad

Mit Betroffenheit hat die UOKG den Tod des IKEA-Gründers Ingvar Kamprad zur Kenntnis genommen. Viele Westunternehmen ließen ihre Produkte auch von politischen Häftlingen aus der DDR unter Zwangsarbeit produzieren. IKEA zählte dazu. Jedoch ist IKEA eines der ganz wenigen Unternehmen, die sich zu ihrer Verantwortung bekannt und sich bei den Betroffenen öffentlich entschuldigt haben.

Darüber hinaus hat IKEA die UOKG-Studie „Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur“ finanziert. Damit hat das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Umstände von DDR-Zwangsarbeit geleistet. Auch in Zukunft bleibt IKEA dem Thema verbunden und ist nach wie vor bereit zu helfen.

„Ich bedauere den Tod von Ingvar Kamprad sehr. Ich bin aber davon überzeugt, daß sich nichts an der guten Zusammenarbeit mit IKEA ändern wird“, sagte der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski. 

Über 46 000 Anträge ehemaliger deutscher Zwangsarbeiter

(bmi) Die vom Deutschen Bundestag im November 2015 gebilligte Richtlinie über eine Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter sieht vor, daß ehemalige deutsche Zwangsarbeiter, die als Zivilpersonen wegen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 1. April 1956 für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten mußten, einen symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrag in Höhe von 2500 Euro erhalten können. Anträge konnten vom 1. August 2016 bis zum 31. Dezember 2017 gestellt werden. Die Anträge werden vom Bundesverwaltungsamt bearbeitet. Insgesamt sind dort 46 336 Anträge eingegangen. Über 10 774 Anträge konnte bereits entschieden werden, davon 83 Prozent positiv.

Hierzu erklärte der Bundesminister des Innern, Thomas de Maizière: „Wir werden die Erinnerung an das schwere Schicksal der ehemaligen deutschen Zwangsarbeiter wach halten. Das Angebot, für das erfahrene Leid eine symbolische finanzielle Anerkennung in Anspruch nehmen zu können, ist zugleich Ausdruck der Würdigung dieser Schicksale durch den Deutschen Bundestag. Ich hoffe, daß nicht zuletzt die hohe Zahl der Anträge das öffentliche Bewußtsein dafür stärkt, was diese Frauen, Männer und Kinder erleiden mußten.“ 

Wertvolles Kulturgut

(rhg) Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa des Landes Berlin hat Ende letzten Jahres einstimmig beschlossen, das Archiv der DDR-Opposition in die Liste des national wertvollen Kulturguts aufzunehmen. Die Länder vergeben den Status seit 1955, um für Deutschland besonders wichtige Güter zu schützen und sie für die Zukunft zu bewahren.

Damit würdigt das Land Berlin das Archiv der DDR-Opposition, das eine der bedeutendsten Sammlungen zur Opposition und Bürgerbewegung in der DDR besitzt. Die Robert-Havemann-Gesellschaft ist Trägerin des Archivs, das sich auf über 700 laufende Meter Schriftgut und 350 000 Fotos erstreckt.

Nicht nur schriftliche Nach- und Vorlässe von DDR-Bürgerrechtlern befinden sich dort, auch viele Objekte und Filme zur Geschichte von Opposition, Widerstand und Transformationszeit prägen das Archiv. Die Robert-Havemann-Gesellschaft stellt sie Nutzern zur Verfügung, gestaltet Ausstellungen, Publikationen und beteiligt sich an der politischen Bildungsarbeit. 

Kolloquium zu Gedächtnisort für friedliche Revolution

(dp) Mecklenburg Vorpommern soll einen Gedächtnisort für die friedliche Revolution in der DDR im Herbst 1989 erhalten. Historiker, Soziologen und Politikwissenschaftler haben auf einem Kolloquium in Schwerin darüber beraten, wie ein solcher Ort gestaltet werden und wo er angesiedelt sein könnte.

Zu dem Gedankenaustausch hatten die Landeszentrale für politische Bildung und die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Mecklenburg-Vorpommern eingeladen. Die beiden Institutionen sollen voraussichtlich bis zum Sommer ein Konzept für einen landesweiten Gedächtnisort entwickeln.

Der Landtag hatte sich im Mai 2017 einstimmig dafür ausgesprochen, daß bis zum 30. Jahrestag des Mauerfalls im Herbst 2019 ein Denkmal dafür errichtet oder ein Museum gestaltet sein soll. Die friedliche Revolution sei eine der glücklichsten Stunden in der deutschen Geschichte, hatte CDU-Fraktionschef Vincent Kokert betont, und Waren an der Müritz als Ort der Erinnerung ins Gespräch gebracht. Dort seien am 16. Oktober 1989 erstmals auch im Nordosten etwa 300 Menschen mutig auf die Straße gegangen. 

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Kürzungen zulässig

Neueste Rechtsprechung zu Zusatzversorgungssystemen der DDR

Wie den meisten der Leser und Leserinnen bekannt sein dürfte, beruhte das Alterssicherungssystem der DDR auf der Kombination einer vergleichsweise geringen Rente aus der Sozialpflichtversicherung und der Möglichkeit einer freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR). Dazu kamen noch 27 Zusatz- und vier Sonderversorgungssysteme, welche für verschiedene Berufsgruppen und Personenkreise aufgebaut worden und grundsätzlich nur diesen vorbehalten waren.

Nunmehr hat sich das Bundesverfassungsgericht erneut mit der Frage auseinandergesetzt, mit dem Ergebnis, daß die Nichtberücksichtigung von Versorgungsanwartschaften hochrangiger Funktionäre der DDR verfassungsgemäß ist (Beschl. v. 09.11.2017, Az. 1 BvR 1069/14 und 1 BvR 2369/14).

Ein ehemaliger stellvertretender Minister und die Witwe eines Staatsanwalts hatten vor den Sozialgerichten geklagt und danach das Bundesverfassungsgericht angerufen. Sie fühlten sich in ihren Grundrechten aus Art. 3 I (Gleichheitsgrundsatz) und Art. 14 I GG (Eigentums-garantie) beeinträchtigt.

Die Verfassungsrichter erklärten, daß dem Gesetzgeber bei der Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Rentenversicherung ein besonders großer Gestaltungsspielraum zustehe und er zu Beschränkungen, Kürzungen und Umgestaltungen berechtigt sei, sofern dies einem Gemeinwohlzweck, insbesondere der Abschaffung ungerechtfertigter und dem Abbau überhöhter Leistungen, dient und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügt. Zudem seien die Empfänger von Zusatz- und Sonderversorgung grundsätzlich weniger schutzbedürftig als sonstige Rentner.

Die Beschwerdeführer machten zudem geltend, sie seien nicht in „systemnahen Versorgungssystemen“, sondern in der Zusatzversorgung für Technik beziehungsweise Wissenschaft versichert gewesen. Dem entgegnete das Bundesverfassungsgericht, daß die Kürzungen auch dann zulässig seien, wenn Funktionäre einem Versorgungssystem für andere Berufsgruppen zugeordnet waren. Ein hoher Funktionär bleibe vielmehr ein hoher Funktionär, „auch oder gerade wenn ihm die Einbeziehung in ein Versorgungssystem einzelvertraglich zugebilligt wird, dessen Anwendungsbereich primär auf ganz andere Berufsgruppen zielte“. Der Gesetzgeber dürfe bei den Rentenkürzungen an herausgehobene politische Funktionen anknüpfen.

Auch das Bundesverwaltungsgericht (BverwG, Urt. v. 25.1.2018 – 3 C 3.16) hat sich kürzlich mit dem Thema Zusatzversorgungssystem der DDR im folgenden Fall beschäftigt.

Der Kläger hatte in der DDR bis Mitte 1986 als Diplom-Ingenieur beim VEB Halbleiter Frankfurt/Oder gearbeitet. Nach der Stellung eines Ausreiseantrags mußte er unter Zwang kündigen. Bis zu seiner Ausreise im Februar 1988 konnte er dann nur noch eine Anstellung als Hausmeister finden. In der Bundesrepublik Deutschland wurde er mit der Verfolgungszeit Juni 1986 bis Februar 1988 als Verfolgter im Sinne des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes anerkannt und wird in der Rentenversicherung als Diplom-Ingenieur geführt.

Nachträglich begehrte er nun zudem die rehabilitierungsrechtliche Anerkennung einer fiktiven Zugehörigkeit zum Zusatzversorgungssystem der technischen Intelligenz der DDR, weil davon ausgegangen werden müßte, daß er diesem Zusatzversorgungssystem angehört hätte, wenn er seine Ingenieurstätigkeit in der DDR bis zur Wiedervereinigung hätte fortführen können.

Das Bundesverwaltungsgericht ist dieser Argumentation nicht gefolgt und hat die Revision zurückgewiesen. Der Kläger habe dem Zusatzversorgungssystem der technischen Intelligenz zu keinem Zeitpunkt angehört. Da nur die Spitzenleistungsträger der technischen Entwicklung eine Versorgungszusage erhalten hätten, sei nach den tatsächlichen Feststellungen des Verwaltungsgerichts nicht ersichtlich, daß er aus Gründen der politischen Verfolgung nicht einbezogen worden wäre.

Eine Zugehörigkeit könne auch nicht mit Blick auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum AAÜG fingiert werden. Demnach genügt es, wenn der Betroffene die Voraussetzungen für die Aufnahme in das Zusatzversorgungssystem zum Stichtag 30. Juni 1990 (Schließung der Zusatzversorgungssysteme) objektiv erfüllt hat.

Benjamin Baumgart, Ass. jur.

Opferrente

Neu-Rentner, nicht vergessen: Wenn Ihr Einkommen bisher zu hoch war, um die Besondere Zuwendung gemäß § 17a StrRehaG zu erhalten, so haben Sie, sobald Sie Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, Anspruch darauf; unabhängig davon, wie hoch ihre Renten- und Pensionsbezüge sind. Lassen Sie sich u.U. beraten!

Nach der Wiedervereinigung wurden die ostdeutschen Rentenansprüche und -anwartschaften in das Rentenversicherungssystem der Bundesrepublik überführt. Dies gilt für die Ansprüche und Anwartschaften sowohl aus der gesetzlichen Sozialversicherung als auch aus der FZR und den Versorgungssystemen.

Für die verschiedenen Zusatz- und Sonderversorgungssysteme ergibt sich die Rentenberechnung aus dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG), welches sich an Zeiten der Zugehörigkeit und berücksichtigungsfähigen Verdiensten orientiert.

Das AAÜG sieht für einen bestimmten Personenkreis in Umsetzung von Vorgaben des Einigungsvertrags eine Kürzung der bei der Rentenberechnung berücksichtigungsfähigen Entgelte aus den Zeiten der Zugehörigkeit zu Zusatzversorgungssystemen auf die Werte vor, die dem Durchschnittsverdienst der Beschäftigten in der DDR im jeweiligen Kalenderjahr entsprechen.

Ziel ist es, daß „ungerechtfertigte Leistungen“, wie etwa für ehemalige Minister und deren Stellvertreter, aber auch andere Staatsbedienstete, nicht erhalten bleiben sollen. 2010 billigte das Bundesverfassungsgesetz Kürzungen auf bestimmte Versorgungssysteme und konkret benannte Betroffenenengruppen (Beschl. v. 6.7.2010 – 1 BvL 9/06 u.a.).

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

FSB beliebt wie nie

(szkhd) Dürfte in Rußland die ältere Generation über die Berufswahl des Nachwuchses entscheiden, würde sie der Jugend zu einer Karriere im Staatsdienst raten, konkret zu einer Laufbahn beim Geheimdienst FSB, der Nachfolgeorganisation des sowjetischen KGB. Das ergab eine Umfrage des Moskauer Meinungsforschungsinstituts FOM im Januar dieses Jahres. Fast die Hälfte aller Befragten erträumte sich für ihre jungen Angehörigen ein Leben in den Rängen des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB).

Die Attraktivität des Dienstes hat sich seit 2001 verdoppelt, ermittelte das russische Meinungsforschungsinstitut FOM im Januar. Im Jahr 2000 war gerade Wladimir Putin, scheidender FSB-Chef, als russischer Präsident in den Kreml eingezogen.

35 Prozent der Befragten hielten an der Jahrtausendwende einen FSB-Job für erstrebenswert. 34 Prozent begegneten damals dem Geheimdienst noch mit Bedenken. Nach 17 Jahren Putin-Ära sind

die Vorbehalte fast verflogen. Nur noch zwölf Prozent hegen Zweifel. Statt dessen halten bereits zwei Drittel der Gesellschaft eine Anstellung im Geheimdienst für einen besonderen Glücksfall. 69 Prozent halten die Arbeit der Behörde für prestigeträchtig. Noch mehr schätzt die junge Generation bis 30 Jahre mit 76 Prozent den Dienst.

Unbestritten, zur wachsenden Beliebtheit des Dienstes trug Wladimir Putin als gestählter Sportler und wachsamer Tschekist bei. Tscheka hieß der Geheimdienst (gegründet 1918) nach dem Oktoberputsch 1917. Als Berufsbezeichnung hat sich der Begriff „Tschekist“ für Spione innen wie außen bis heute erhalten.

Das Prestige förderte nicht zuletzt auch die Propaganda vermeintlicher Bedrohung aus dem Westen. Der Dauerbeschuß aus den TV-Röhren verwandelte Rußland in eine belagerte Festung, die sich gegen übermächtige Feinde zur Wehr setzen mußte. 

Memorial-Leiter nach Haft wieder frei

(bsta) Der Historiker und Leiter der Menschenrechtsorganisation Memorial im nordwestrussischen Petrosawodsk, Juri Dmitrijew, ist nach 13 Monaten Haft wieder frei.

Dmitrijew war unter fragwürdigen Umständen inhaftiert worden, sein Fall hatte breite öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Dutzende russische Politiker und Künstler setzten sich in Protestvideos für Dmitrijew und seine Arbeit ein.

Das Verfahren gegen Juri Dmitrijew ist damit jedoch noch nicht abgeschlossen. Das Urteil des Gerichts in Petrosawodsk steht noch aus und war bereits für September 2017 erwartet worden.

Der Historiker engagiert sich seit 30 Jahren für die Aufarbeitung der Terrorherrschaft unter Stalin und entdeckte in Sandomorch die Gräber von Opfern der Massenerschießungen während des Großen Terrors 1937/38. 

Vormilitärische Ausbildung

(igfm) Wie in Kuba und in der untergegangenen DDR: Auch in dem vom verstorbenen Staatspräsidenten Chávez weitgehend militarisierten Venezuela gibt es eine vormilitärische Ausbildung (Instrucción pre militar) an den Schulen.

Diese ist verpflichtend für die beiden letzten Schuljahre der Sekundaria, also beginnend bei den 16-Jährigen. Auch die Mädchen müssen daran teilnehmen. Sie gilt ebenso für staatliche wie für private Schulen. Die vormilitärische Ausbildung dient der Vorbereitung auf den anschlie-

ßenden Wehrdienst in der Armee. Außerdem fungiert sie, wie in allen kommunistischen Staaten, als Propagandainstrument zur Indoktrination der Jugend.

Grundlage ist eine gemeinsame Resolution des „Ministeriums der Volksmacht für Bildung“ und des „Ministeriums der Volksmacht für Verteidigung“ vom Juni 1999.

Die Aufsicht obliegt der „Ständigen Kommission zur vormilitärischen Ausbildung“, die auch die Lehrer aussucht. Zu den Lehrern gehören Armeeoffiziere. 

Zwei Jahre Gefängnis für Gespräch mit Kanzlerin

(igfm) Jiang Tianyong ist einer der bekanntesten Bürgerrechtsanwälte Chinas. Er setzte sich besonders für die Opfer staatlicher Verfolgung ein. Auch informierte er Bundeskanzlerin Angela Merkel und den damaligen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel während eines Treffens Anfang November 2016 über Menschenrechtsverletzungen in China. Nur drei Wochen später wurde Jiang Tianyong verhaftet und am 21. November 2017 zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Bitte schreiben Sie an Bundeskanzlerin Angela Merkel, damit sie sich für seine Freilassung einsetzt. 

Grundsatzstreit

(dp) Am 73. Jahrestag der Vollstreckung zahlreicher Todesurteile des kommunistischen Volksgerichts in Bulgarien kam es am 1. Februar dieses Jahres zu einem Wortgefecht zwischen der bürgerlichen Regierungspartei GERB und der sozialistischen BSP, der Nachfolgepartei der früheren Kommunisten.

Die bulgarischen Kommunisten hatten vor 73 Jahren 147 Vertreter der nicht-kommunistischen Elite hingerichtet – unter ihnen waren die Regenten von Ex-König Simeon II, drei frühere Ministerpräsidenten und 22 Ex-Minister. „Das Datum 1. Februar 1945 ist zweifellos eines der vaterlandslosesten und verbrecherischsten, das zum Symbol von Abneigung und Sadismus wurde“, hieß es in einer im Parlament verlesenen Erklärung der GERB-Partei.

Vor einer Schweigeminute ergriff der sozialistische Abgeordnete und Vizepräsident des Parlaments, Waleri Schabljanow, das Wort, um die Todesurteile des kommunistischen Volksgerichts mit Abmachungen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg zu rechtfertigen. Der Sozialist erinnerte auch daran, daß die bulgarischen Kommunisten gegen den Faschismus gekämpft hatten. Er schlug vor, auch der Opfer des Faschismus zu gedenken.

Im Zweiten Weltkrieg war das damalige Königreich Bulgarien mit dem Deutschen Reich verbündet. In Bulgarien streiten Bürgerliche und Sozialisten (Ex-KP) derzeit auch darüber, wie der Kommunismus in den neuen Lehrbüchern des EU-Landes behandelt werden soll. 

Der Fußballplatz in Suchobeswodnoje

Monographie eines Erinnerungsfotos

Von Wilhelm K.H. Schmidt – Teil 1



Fußballplatz in Suchobeswodnoje.

Es wird wieder spannend werden beim Kampf um die Fußballweltmeisterschaft 2018, dem bedeutendsten Sportereignis der Welt nach den Olympischen Spielen in diesem Jahr. Erstmals wird die Endrunde der Fußballweltmeisterschaft in Rußland ausgetragen, wo der amtierende Weltmeister Deutschland antritt, seinen Titel zu verteidigen.

Unwillkürlich kommt einem dabei das legendäre Endspiel der Fußballweltmeisterschaft vom 4. Juli 1954 in Bern in den Sinn. Der befreiende Ausbruch des Rundfunk-Kommentators Heribert Zimmermann in der Schlußphase dieses Spiels zwischen der ungarischen und bundesdeutschen Mannschaft beim alles entscheidenden 3:2 geht heute noch jedem Fußballbegeisterten unter die Haut.

Die bevorstehenden Spiele geben Anlaß, auf deutsch-russische Fußballspiele in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzublicken. Betroffene denken dabei zuerst an Spiele in den sowjetischen Arbeitslagern nach Stalins Tod im März 1953, als schrittweise die Haftbedingungen für die zivilen Strafgefangenen und Kriegsgefangenen erleichtert wurden.

Die Vorgeschichte

Karl Keller, ein „Reichsdeutscher“ aus Bessarabien, war in den Nachkriegswirren in dem mecklenburgischen Vellahn bei Hagenow gestrandet. Er erlernte den Beruf eines Autoschlossers, war sportlich, gesuchter Fußballer in der Hagenower Jugendmannschaft, später in der Mecklenburg-Auswahl. Sein Vater, Wilhelm Karl

Keller, in seiner Jugend auch begeisterter Fußballer, arbeitete in der sowjetischen Kommandantur und führte harmlose Spionageaufträge für die Amerikaner aus. Mit deren Hilfe beabsichtigte er, nach Kanada auszuwandern, wo bereits seit 1940 ausgesiedelte bessarabische Familienmitglieder lebten. Sein Sohn Karl und dessen Freunde, die Autoschlosser Herbert Kollmorgen aus Todding und Edgar Koopmann aus Heringsdorf taten es ihm gleich.

Unprofessionelle Konspirationsarbeit des US-Geheimdienstes führte bald zur Verhaftung von Kollmorgen, Koopmann und den Kellers. Das Militärtribunal im berühmten Untersuchungsgefängnis des NKWD in der Potsdamer Lindenstraße verurteilte Keller sen. und Kollmorgen wegen antisowjetischer Gruppenbildung und Anstiftung zur gemeinschaftlichen Spionage zum Tode. Herbert Kollmorgen wurde in letzter Minute zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt. Keller jun. bekam 25 und Koopmann 15 Jahre Arbeits- und Besserungslager unter verschärften Bedingungen. Im Frühjahr 1952 ging es vom Berliner „Verteilerknast“ in Lichtenberg aus über das berühmte Gefängnis Lubjanka in Moskau, wo das Todesurteil von Karl Keller am 26. Juni 1952 vollstreckt wurde, und über Inta zur vorläufigen Endstation, dem Lagerkomplex Workuta, 3500 km von der Heimat entfernt.

Von Kollmorgen und Koopmann getrennt, wurde Keller jun. in das Lager für die Kohlenschächte 12-14-16 eingewiesen. Dieses größte von über 30 Einzellagern Workutas nahm über 6100 Häftlinge auf, darunter 110 Deutsche. Die weitaus größte

Nationalitätengruppe waren Ukrainer mit über 1600 Häftlingen.

Die ersten Monate als Bergmann unter Tage waren für Keller ein Horror. Allein das Einfahren in den Schacht versetzte ihn anfangs in Angst und Schrecken. Jeweils eine Arbeitsbrigade von 15 Mann mußte in dem immer nassen, klapprigen Förderkorb in die Tiefe hinunter bis 360 Meter Tiefe.

Fußball als Lagerberuf

Nach vier Monaten im Schacht sah Karl Keller Fußballtore auf dem Rückmarsch von der Arbeit ins Lager, die erst vor kurzem aufgebaut worden sein mußten.

„Ich habe auch mal Fußball gespielt“.

Neben ihm hörte das jemand, der ihn warnte: „Jeder Deutsche kommt hierher und sagt, daß er Fußball spielen kann, und später stellt sich das als reine Aufschneiderei heraus.“

Irgendwer muß das Gespräch mit angehört haben und hat es weitergetragen. Nach ein paar Tagen kam jemand zu ihm, es war Genadin Manogurow, der Leiter des Magazins. Er brauchte jemanden für die Verstärkung seiner Fußballmannschaft der Mechzech, die für die technische Instandhaltung der Kohlengruben zuständige Werkstatt, und bot ihm an, im Kartoffelkeller, in der Fläche ein Viertel eines Fußballfeldes, zu trainieren.

Nach ein paar Trainingstagen äußerte sich Manogurow zufrieden über Kellers Leistung und organisierte für ihn eine Arbeit als Zuschläger in der Schmiede. Mit allen Metall bearbeitenden Tätigkeiten vertraut, war das die passende Arbeit für ihn.

In den ersten Wochen seines Einsatzes waren die Fußballspiele Leistungsvergleiche der Verwaltung, der Schachtbrigaden und der technischen Werkstatt innerhalb des Lagers 12-14-16. Der fußballbegeisterte Kommandant des Lagers kam bald auf die Idee, eine gemeinsame Lagermannschaft aufzustellen und die anderen Lager zu einem Kampf um die Meisterschaft im Lagergebiet Workuta herauszufordern.

Genadin Manogurow, Gjenka genannt, wurde der Mannschaftskapitän des Lagers: „Karluscha, du spielst für unser Lager 12-14-16 in der Auswahl, hörst du? Und keine Ausflüchte.“

Als zweiter Deutscher war Herbert Vogt aus Schkeuditz „gesetzt“. Hinzu kamen

Russen, die Druckposten in der Verwaltung ergattert hatten.

Für den Lagerkommandanten waren die Fußballer „seine Jungs“. Für „seine Jungs“ besorgte er aus Moskau einheitliche Trikots. Nachdem das dritte Auswärtsspiel gegen andere Lagermannschaften gewonnen wurde, war er von Kellers Spielweise so angetan, daß Keller die Situation nutzte und Gjenka fragte:

„Ihr habt alle einen Ausweis und könnt mal aus dem Lager raus, um euch ein Mädchen zu suchen, wie ist denn das mit mir?“

„Das machen wir schon. Schließlich darfst du ja auch schon lange Haare tragen.“

Es dauerte nicht lange, und der „fußball- kranke“ Lagerkommandant erfüllte ihm seinen Wunsch.

Beim Spiel der Lagermannschaften gegeneinander wurde eine von beiden Mannschaften zu dem jeweiligen Platz von bewaffneten Wachposten geführt. Ihr Auftrag: „Gebt euch richtig Mühe, das Spiel zu gewinnen. Unser Kommandeur hat um 20 Flaschen Krimsekt mit dem Nachbarkommandeur auf unseren Sieg gewettet.“

Onkel Theodors Pakete und ein Fußball

Karl Keller erzählte: „Unsere Angehörigen, die bis zu unseren ersten Postkarten nicht wissen konnten, ob wir überhaupt noch am Leben waren, hatten nach einem Aufruf unsere Adressen an das Freie Evangelische Hilfswerk in München weitergegeben. Dessen Leiter, Bischof Theodor Heckel, organisierte und koordinierte die Versorgung der deutschen Kriegsgefangenen und politischen Häftlinge in der Sowjetunion.“

Es dauerte nicht lange, und die ersten Standardpakete aus der Bundesrepublik trudelten ein, alle mit einheitlichem Inhalt: Dauerwurst, Konserven, Zigaretten, Kaffee, Trainingsanzüge, Handschuhe usw. Die Kontrolleure und ausländischen Mitgefangenen staunten nicht schlecht, was es in der deutschen Bundesrepublik so alles gab. Bischof Heckel wurde bald dankbar und liebevoll von uns ‚Onkel Theodor‘ genannt.

Als ich vier Pakete auf einmal bekam, die die Lagerleitung schon nach Messern und anderen verbotenen Sachen durch-

sucht hatte, ging ich zu unserem Mannschaftskapitän Gjenka und bat ihn, sich zu bedienen. Mehrmals hatte ich von ihm argentinische Butter erhalten, die meine Kondition verbesserte. Natürlich haben meine Kumpels davon auch profitiert.



Erstes Foto der Lagermannschaft. Im Hintergrund rechts die neue Stolowaja (Eßbaracke Schacht 12-14-16). Zweiter Spieler v. links: Karl Keller.

Gjenka sah die raren Zitronen und sagte „oh, limoni“ und nahm vorsichtig eine Zitrone raus, und ich habe noch eine lange geräucherte Dauerwurst mit einer Metallplombe dazugelegt.

Die Zigaretten, die ‚Onkel Theodor‘ monatlich ins Paket packte, kamen in einer Blechschachtel an. Die Freude nicht nur der Paketempfänger war riesengroß. Unsere russischen Mithäftlinge konnten die Blechschachteln zur Aufbewahrung des Machorka-Tabaks gut gebrauchen. Die Skatspieler freuten sich über die unter der Staniolfolie liegende Pappe. Daraus wurden verbotenerweise mit Stearin behandelte langlebige Spielkarten gefertigt.

Das Größte für mich war ein Paket mit einem nagelneuen Fußball und bequemen Fußballschuhen, die meine großzügige Tante 1954 geschickt hatte. Ball und Schuhe waren von da an fast täglich im Einsatz. Die Schuhe trug ich abwechselnd mit Helmuth Budach, dem Mittelstürmer mit der gleichen Schuhgröße 46 wie ich.“

Suchobeswodnoje, die letzte Häftlingsstation

Im März 1955 wurden Karl Keller und Roland Bude in verschiedenen Transporten nach einer einige hundert Kilometer langen Zugreise Richtung Süden an einer Ausweichstelle der Züge nordöstlich von Nishni Nowgorod ausgeladen.

Edgar Strobel und Bodo Platt [s. Bodo Platt, Sobirai weschtschi! Pack deine Sachen! LStU Berlin 2006, S. 57-63] ge-

hörten zu den letzten Transporten der deutschen Gefangenen aus den Lagerkomplexen Workuta und Inta. Beide verfolgten hoffnungsfroh die Route des Zuges als Hinweis auf ein bevorstehendes Ende ihrer sechs- bzw. siebenjährigen Gefan-



Gegnerische Mannschaft beim ersten Lagerturnier in Workuta 1953: Lagermannschaft des 6. Schachtes mit Günter Frenzel aus Pirna (kniend rechts).

genschaft. Bange Skepsis machte sich jedoch breit, als der Zug, schon in der Nähe von Moskau, nach Südosten abdrehte. „Was haben die Sowjets vor? Wollen sie uns wieder verschwinden lassen, diesmal endgültig?“ Dann kam auch für sie der Halt an der Ausweichstelle bei Suchobeswodnoje.

Roland Bude beschreibt seine Eindrücke bei der Ankunft auf unbekanntem Territorium so:

„Für alle die übliche Prozedur. Abzählen durch die Posten, mehrmaliger Vergleich mit den Begleitpapieren, Marschkolonne, jeder packte sein Bündel. ‚Schagom, Marsch. Bei einem Schritt nach links oder Schritt nach rechts aus dem Marschblock wird die Schußwaffe eingesetzt, ohne Warnung!‘ – Vertrautes Reglement.“

Der Marsch von der Haltestelle führte weg von der Ortschaft. Die Kolonne ging durch



tieften Schnee eines kaum wahrnehmbaren Forstweges. Das Besondere war: Statt Postengeschrei gab es eine fast unheimliche Stille an diesem sonnenüberfluteten klaren Wintertag.

„Die bringen uns in ein Schweigelager“, machte sich die Befürchtung breit. Nach Stunden – keiner hatte eine Uhr – tief



Kellers Fußball aus Reutlingen. Er befindet sich als Dauerleihgabe in der Gedenkstätte Lindenstraße 54, Potsdam.

im Kiefernwald vor der Kolonne eine ca. drei Meter hohe Bretterwand. Einzelnen ging's durch eine schmale Tür, Durchlaß durch das dichte Spalier der Wartenden. Die zuerst Angekommenen informierten die folgenden:

„Wir befinden uns im 2. Lagerpunkt

der 8. Lagerabteilung Suchobeswodnoje (auf deutsch: Trocken ohne Wasser) und verweigern die Arbeit bis auf Tätigkeiten für die Aufrechterhaltung des Lagerbetriebes.“

Was hätten sie hier auch tun sollen? Der abgeholzte Wald in der Lichtung stand längst als Grubenholz in den Kohleschächten Workutas. Und wenn jetzt wegen Uneffektivität die Schächte im Komplex Workuta einer nach dem anderen geschlossen wurden, war das Holz zweitrangig geworden.



Vor dem Revanchespiel gegen die sowjetische Garnisonsmannschaft. Nach Angaben Karl Kellers sind die Trikots in der Lagerschneiderei genäht worden.

Neben der russischen bestand hier eine deutsche Lagerleitung, die lediglich für Ruhe und Ordnung im Lager mit 1200 Gefangenen zu sorgen hatte. Der Ostpreuße Heinz Oppermann aus Memel war der frei gewählte deutsche Lagerkommandant. Die Gefangenen durften sich die Haare wieder wachsen lassen. Pakete aus Deutschland,

adressiert nach Workuta, wurden nachgeschickt und kamen auch an!

Eines der folgenden Pakete von Kellers Verwandten enthielt ein Faltblatt über den inzwischen in den deutschen Kinos angelaufenen Film „Das Wunder von Bern“, das im Lager von Hand zu Hand ging.

Der Fußballplatz und sein Strommast

Die sowjetische Lagerleitung erlaubte den Gefangenen nach der Schneeschmelze eine mit einer halbverfallenen Scheune bebaute Fläche zu planieren und Fußballtore aufzubauen. Die Russen staunten, wie schnell das ging. Vier Tage später war das Fußballfeld schon bespielbar. Ein Berliner Lagerkamerad hatte inzwischen die Netze geknüpft.

Unisono berichteten die Fußballer, niemand, der damals in Suchobeswodnoje Fußball gespielt hat, werde den Strommast vergessen, der auf dem Fußballfeld stand und nicht entfernt werden durfte. Sie strichen ihn mit weißer Farbe, aber es kam häufig genug vor, daß sie ihn im Eifer des Gefechts schmerzbringend übersahen.

Albert Geib, das Sprachgenie, der schon in der Kriegsgefangenschaft 1945 in kürzester Zeit die russische Sprache erlernt hatte und jetzt ernsthaft dabei war, Chinesisch zu lernen, hatte mit Werner Liebrich und Horst Eckel vom 1. FC Kaiserslautern, beide Mannschaftskameraden von Fritz

Walter, dem Kapitän der Weltmeistermannschaft von 1954, die Schulbank gedrückt. Geib ergriff die Initiative und bat seine Schulfreunde, die Fußballspieler im Lager mit Sportartikeln zu unterstützen.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Bald kamen komplette Ausstattungen für zwei Mannschaften, so daß die Häftlinge zwischen den vier Baracken regel-

rechte Meisterschaften austragen konnten. Diese Spiele wurden von der Lagerleitung aufmerksam beobachtet und Kasper und Keller wurden aufgefordert, die russische Garnisonsmannschaft zu trainieren.

Kellers Kommentar: „Nichts lieber als das. Ich habe die Russen in der Kaserne so ge-

schunden, daß sie nicht mehr wußten, ob sie Männlein oder Weiblein sind. Das ging so weit, daß der Garnisonsarzt zu mir kam und fragte, ob das Trainingsprogramm nicht zu hart wäre. Es kämen schon einige Männer zu ihm, die über Schmerzen in den Beinen klagten. Ich machte den Vorschlag, eine große Wanne zu bauen, um nach dem Training im warmen Wasser die Muskeln zu entspannen und Schmerzen vorzubeugen. Die Wanne wurde gebaut, die Männer sprangen mit Freude hinein, und es wurde das reinste Bewegungsbad, obwohl damals noch niemand wußte, was ein Bewegungsbad ist.“

Für Karl Keller war die Welt wieder in Ordnung. Er und seine zwei Freunde wurden aufgefordert, die besten Fußballer aus der Garnison herauszusuchen und eine Mannschaft zu bilden, die in dem nahegelegenen Gorki um die Armeemeisterschaft spielen sollte. Als es soweit war, wurden Keller, Budach und Kasper in Armeuniformen gesteckt und mußten die Garnisonsmannschaft als kleine „Rote-Armee-Fraktion“ mit der Maßgabe auffüllen, sich nicht als Deutsche zu erkennen zu geben. Mit Alfred Kasper im Tor, Helmuth Budach im Mittelsturm und Keller als Libero taten sie ihr Bestes.

Die Meisterschaftsspiele hatten die russische Garnisonsmannschaft motiviert, in der gleichen Aufstellung gegen die deutsche Lagermannschaft spielen zu wollen. Zur großen Freude des russischen Lagerkommandanten und zum Ärger der deutschen Lagerkameraden gewann die „verstärkte“ Garnisonsmannschaft das Spiel mit 2:1. Das Ergebnis wurde dann mit einem großen Gelage gefeiert.

Wenige Tage später revanchierte sich die deutsche Lagermannschaft – nun wieder mit Kasper, Keller und Budach – mit einem Spiel gegen die Garnison und gewann das Spiel haushoch mit 7:1. Der kurze Kommentar des russischen Mannschaftskapitäns:

„Keller, war das nötig?“

„Es ist doch nur ein Spiel und da geht es doch um Tore...“

(Vom Autor sind u.a. die Publikationen „Verschworen. Verraten. Verfolgt. – Unangepaßtheit, Widerstand und Kollaboration in der Stalin-Ära Berlin-Brandenburg, Verlag Bücherkammer Herzberg, 2011“ und „Abseits im Strafraum – Lageralltag in Todesnähe, Universitätsverlag Leipzig 2013“)

Gespür für Veränderungen

Geboren 1928 in Hamburg, promovierte Hans-Georg Wieck nach seinem Studium 1953, um dann in den Dienst des Auswärtigen Amtes zu treten. Er war Botschafter im Iran sowie in Indien und von 1977 bis 1980 Botschafter in

offen, Moskau werde eines Tages seine Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen besser mit einem vereinigten Deutschland gewahrt sehen als mit einer durch Gewalt aufrecht erhaltenen Vorherrschaft über Mitteleuropa.



Foto: Bernd Lippmann

Hans-Georg Wieck, 2015.

der Sowjetunion. Im Gegensatz zu den oft selbsternannten westdeutschen „Rußland-Spezialisten“ gewann er durch viele Reisen und seine überaus zahlreichen Gespräche ein ganz anderes Bild und ein Gespür für die Relevanz von Ereignissen und Aussagen in diesem Riesenland: „Ein lebender Staat befindet sich im Prozeß der Versteinerung.“

Zu einem denkwürdigen Gespräch kam es 1978 mit dem damaligen Leiter des KGB und späteren Generalsekretär der KPdSU, Juri W. Andropow. Offen gab dieser zu, im Gegensatz zur kommunistischen Lehre sei der Kapitalismus nicht an seinen Widersprüchen gescheitert. Statt dessen wären in der UdSSR Reformen nötig. Diese aber erforderten Verständigung, die eine Abrüstung voraussetze. Man benötige dringend westdeutsches Kapital. Sein Traum ging so weit, ganze bundesdeutsche Fabriken mit ihren fleißigen zuverlässigen Arbeitern in die Sowjetunion zu holen. Über einen Gegenpreis wurde nicht direkt gesprochen, doch beide wußten genau, der Kreml besaß nur noch ein Faustpfand: die DDR. Hatte doch schon Berija, der nach Stalins Tod die Macht übernehmen wollte, Bonn gegen viel Wirtschaftshilfe die Wiedervereinigung angeboten – allerdings unter dem Vorzeichen der Neutralität, was die West-Alliierten damals verhinderten. Wieck jedenfalls sah nach diesem Gespräch die deutsche Einheit kommen, wenn auch in weiter Ferne. Bereits 1980 äußerte er

Wieck, eine resolute, energiegeladene Persönlichkeit, der im Gegensatz zu vielen bundesdeutschen Politikern nie das Ziel der Wiedervereinigung vergaß, gehörte in Bonn allerdings nicht zu den vielen Ja-Sagern. Als 1985 eingesetzter Präsident des Bundesnachrichtendienstes sah er es als seine Pflicht an, seine Erkenntnisse stets Bundeskanzler Kohl mitzuteilen. Im Zeichen der damals am Rhein herrschenden oft naiven Entspannungspolitik bestand dort nach seinen Worten „große Distanz zum BND“, es war ein „gespanntes Nicht-Verhältnis“. Hinzu kam, der Kanzler glaubte besser informiert zu sein als sein eigener Nachrichtendienst. Es muß einmal sogar zu einer bössartigen Szene gekommen sein, auf die Wieck wohl aus Loyalitätsgründen nie eingeht. Es minimiert die menschliche und politische Größe Kohls, wenn er in all seinen Büchern dessen Namen völlig übergeht. Er vertraute der bundesdeutschen Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, wo man indes keinerlei Gespür für die Veränderungen in der DDR hatte.

Nach dortigen offiziellen Behauptungen stellte sie eine der führenden Industrienationen der Welt dar, was sich sogar in Kohls „Reden an die Nation“ widerspiegelte – hätte er doch die BND-Lageberichte gelesen! Auf telefonische Anfrage des Verfassers bezüglich der westdeutschen Kredite an Ost-Berlin betonte Wieck geradezu prophetisch: „Wir müssen die

DDR über Wasser halten“, und koste es Millionen. Ohne unsere Hilfe würde der DDR-Lebensstandard weiter sinken und die Ablehnung gegen das Regime stärker werden, doch dürfe es keinesfalls zu Aufständen kommen. Heute würden die Sowjetpanzer noch auf die Bevölkerung schießen, doch in nur wenigen Jahren nicht mehr, weil damit die gesamte West-Politik Gorbatschows unglaublich und zum Scheitern verurteilt wäre.

Während noch Egon Bahr betonte, der BND wisse nichts, gewann der Verfasser, es muß 1987 gewesen sein, in einem unvergeßlichen Vier-Augen-Gespräch mit dem BND-Präsidenten einen gegenteiligen Eindruck (natürlich gab er kein Staatsgeheimnis preis). Er gewährte tiefe Einblicke in die wahre Situation der DDR und ihre Abhängigkeit von den „sowjetischen Freunden“, die zunehmend auf Distanz gingen. Das MfS gab („streng geheim“) „eine neue Qualität des komplexen Vorgehens des BND“ zu. Dieser habe ein „zutreffendes und aktuelles Wissen“ über die DDR. Noch im April 1989 warnte es „eindringlich vor der Wirkung“ des BND.

Im Hochsommer 1989 meldete Wieck dem Kanzler, Moskau sei zu politischen Konzessionen in der Deutschlandfrage bereit, was dieser allerdings „in den Bereich der Phantasie“ abtat. Als am 9. Oktober rund 70 000 Menschen in Leipzig gegen das SED-Regime demonstrierten, fragte das Bundeskanzleramt beim BND an, ob es sich dabei um westdeutsche NPD-Mitglieder gehandelt hätte. Wieck muß zu Recht sehr verbittert gewesen sein mit seiner Feststellung: „Die [in Bonn] haben offenbar meine Analysen nie gelesen.“ Er sah diesen Tag als Beginn vom Ende der DDR an. Zwei Tage vor dem Mauerfall erklärte er öffentlich, die DDR sei am Ende – was keine einzige westdeutsche Zeitung glaubte und daher nicht veröffentlichte.

Später war Wieck Leiter der OSZE-Beratergruppe in Weißrußland und Vorsitzender der Deutsch-Indischen Gesellschaft. Vor zwei Jahren wurde ihm das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Am 28. März dieses Jahres wird Hans-Georg Wieck 90 Jahre alt. Er sehe sich noch „in bester Gesundheit“, sagte er auf kürzliche Anfrage des Verfassers. Auch seine Dynamik habe er nicht eingebüßt. Wünschen wir, daß ihm beide noch lange erhalten bleiben.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Bedeutung erkannt – gelegentlich erinnern

(st) Was haben die ehemaligen politischen Häftlinge und Verfolgten zu erwarten – vorausgesetzt, es kommt zur Koalition zwischen CDU/CSU und SPD (nach Redaktionsschluß)? Im Entwurf des Koalitionsvertrags heißt es dazu:

„Wir werden die Erinnerungskultur und die Rehabilitation der Opfer des SED-Unrechtsregimes weiterentwickeln und die Fristen für die Beantragung nach den Rehabilitierungsgesetzen im Einvernehmen mit den Bundesländern aufheben. Wir werden prüfen, inwieweit die bestehenden rechtlichen Grundlagen für die DDR-Heimkinder verbessert werden können. [...]

Deutschland ist aufgrund seiner Geschichte besonders dafür verantwortlich, die Erinnerung an die Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft wachzuhalten. Dies ist Teil unseres nationalen Selbstverständnisses. Das Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen darf nicht mit Verweis auf die jeweilige andere zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft noch zu einer Bagatellisierung des SED-Unrechts führen.

Wir wollen die dezentrale Erinnerungskultur mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement stärken und zukünftig auch kleinere Initiativen und Gedenkstätten im In- und Ausland besser unterstützen. Wir wollen den Erhalt der authentischen Gedenkorte und Zeugnisse kontinuierlich fördern und Steigerungen der Bundesbeteiligungen bei den Investitionen im

Bereich der Erinnerungskultur erreichen. Die Bundesregierung unterstützt vielfältige Aktivitäten und Projekte der Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur, die Toleranz fördern, Sozialkompetenz und Demokratieverständnis stärken, gerade auch in der Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen und im Zusammenwirken mit Zeitzeugen. [...]

In Zusammenarbeit mit Opferverbänden und Gedenkstätten wollen wir insbesondere die nachwachsenden Generationen ohne eigene Diktaturerfahrung für das Unrecht der SED-Diktatur sensibilisieren.

Das Stasiunterlagengesetz hat sich bewährt. Die Überprüfungsmöglichkeit auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Stastätigkeit im öffentlichen Dienst soll für einen weiter zu beschränkenden Personenkreis bis zum 31. Dezember 2030 verlängert werden. Im Lichte der Ergebnisse der Expertenkommission und im Benehmen mit den Opferverbänden werden wir die Stasiunterlagenbehörde zukunftsfest machen.

Den durch SED-Unrecht Geschädigten steht auch in Zukunft eine gesellschaftliche Anerkennung und Rehabilitation zu. Deshalb wird die Koalition die Fristen in den Rehabilitierungsgesetzen streichen.“

Reaktion der UOKG:

„Eine unserer wichtigsten Forderungen, also die Entfristung der Rehabilitierungsgesetze, wäre damit endlich unter Dach und Fach“, erklärt Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG. „Natürlich hätten wir uns mehr konkrete Zugeständnisse gewünscht, wie z.B. die Festlegung auf ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft, dennoch werden einige gute Ansatzpunkte festgelegt. Wir werden alles uns Mögliche tun, damit diese Versprechungen auch eingehalten werden, und natürlich auch darüber hinaus unsere Forderungen weiter verfolgen.“

...der Bundesstiftung Aufarbeitung:

„Zwei zentrale Vorschläge der Bundesstiftung Aufarbeitung sind aufgegriffen worden, sagt Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung. „Wir unterstützen die dezentrale

Aufarbeitung seit unserer Gründung und freuen uns, daß diese weiter gestärkt werden soll. Sehr erfreulich ist, daß die Koalition die Fristen für die Rehabilitierung politischen Unrechts in der DDR streichen will. Noch immer haben viele Betroffene keine Anträge gestellt. Auch wenn das zugefügte Unrecht nicht ungeschehen gemacht werden kann, können die Menschen durch Anerkennung und Entschädigung zumindest eine gewisse Linderung und Anerkennung erfahren.“

Ein wichtiges drittes Anliegen der Bundesstiftung Aufarbeitung im Sinne der Opfer des politischen Unrechts in der DDR ist im Koalitionsvertrag nicht enthalten: Die Umkehr der Beweislast bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden. Bisher müssen Betroffene nachweisen, daß ihre erlittenen Schäden unmittelbare Folgen von Haft und Verfolgung sind.

...des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur:

„Daß es für politisches Unrecht der Sowjetischen Besatzungszone und DDR kein Verfallsdatum gibt, ist ein wichtiges Signal des Koalitionsvertrags“, erklärt Lutz Rathenow.

Besonders positiv bewertet der Landesbeauftragte das Vorhaben der Koalition, künftig die dezentrale Erinnerungskultur zu stärken, kleinere Initiativen und Gedenkstätten besser zu unterstützen und Gedenkorte zu erhalten. „Gerade die Landesbeauftragten, die in der Fläche arbeiten und vor Ort dezentrale Strukturen ertüchtigen, wissen, daß eine nachhaltige und zukunftsweisende Erinnerungsarbeit nicht zentral von oben durchgestellt werden kann, sondern in den Regionen entstehen muß. Doch dafür braucht es nicht nur Engagement, sondern auch die nötigen finanziellen Rahmenbedingungen. Daß dies von der Koalition erkannt wurde, öffnet Perspektiven und bietet neue Möglichkeiten [...].

Nicht nur der Landesbeauftragte, sondern sicher auch die Verfolgtenverbände, Aufarbeitungsinitiativen und Gedenkstätten werden die Koalition an der Erfüllung der im Koalitionsvertrag formulierten Vorhaben messen und sie gelegentlich daran erinnern. Wichtig ist, daß die Bedeutung dieses Themas erkannt wurde“, resümiert Rathenow.

**Wer Geld hat, kauft ein Auto.
Wer keines hat, stirbt auf andere Weise.**

Fernandel

Aber im Vorteil sind beide, wenn sie den Stacheldraht abonnieren.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Sie haben uns geschadet

Liebe Kameraden,

durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit habe ich eine Dokumentation über die „Juristische Hochschule“ (JHS) des MfS erhalten. In ihr wird das Ausmaß der juristischen Abschlüsse der Hochschule sichtbar.

Folgende Auszüge entnahm ich der Dokumentation der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Abteilung Bildung und Forschung, Reihe A Nr. 2/94:

Nach dem „Vorläufigen Statut“ von 1965, das von Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, und von Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Dr. Gießmann, bestätigt wurde, war die Hochschule Mielke direkt unterstellt.

In dem von Mielke (aber nicht vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen) bestätigten Statut von 1981 wurde diese Zuordnung beibehalten und festgelegt, daß die Hauptabteilung Kader und Schulung ein Mitspracherecht in Form eines Delegierungsprogramms bei der Zulassung zum Studium hatte. 1986 wurde von Mielke bekanntgegeben, daß die Hochschule „anleitungsmäßig dem Leiter der HA Kader und Schulung“, Generalmajor Möller, unterstellt wurde.

Die „Anleitung“ der HA Kader und Schulung betraf vor allem die Zuständigkeit bzw. Mitsprache bei der Ausarbeitung der Lehrprogramme, der Zulassung zum Studium und Personalangelegenheiten der Hochschule. Der Leiter der HA Kader und Schulung war zudem in Ausübung seines Amtes Mitglied des Wissenschaftlichen Rates der Hochschule.

Anzahl der Mitarbeiter

1974 waren an der JHS einschließlich der aus 45 Personen bestehenden Wacheinheit 545 Mitarbeiter tätig. Fast alle hatten einen militärischen Rang, sogar „Stenophonotypistinnen“, Kraftfahrer, Heizer und Raumpflegerinnen.

Etwa 150 Mitarbeiter konnten dem Wissenschaftsbereich zugeordnet werden: Leiter der Sektionen (Oberst), Leiter der Lehrstühle und wissenschaftlichen Abteilungen (Oberst bzw. Oberstleutnant), Dozenten (Oberstleutnant), Oberassistenten (Major oder Oberstleutnant), Wissen-

schaftliche Sekretäre (Major). 1989 gab es in der JHS 761 Mitarbeiter, von denen die Hälfte im Wissenschaftsbereich tätig war.

Anzahl der Studierenden

Von 1951 bis September 1984 nahmen an Hochschullehrgängen, Fachschullehrgängen, am postgradualen Studium, an Qualifizierungs- und Einzelehrgängen 14 082 und an Lehrgängen für die Dienst-einheiten des MfS 10 557 Mitarbeiter teil.

Das Hochschulstudium mit dem Grad Diplomjurist schlossen in der Zeit von 1963 bis 1984 insgesamt 2739 Mitarbeiter ab, davon 1000 Teilnehmer in Hochschuldi- rektlehrgängen, 1657 in Hochschulfern- studienlehrgängen, 82 in externen Hoch- schullehrgängen.

Da eine Diplomarbeit auch von mehreren Diplomanden verfaßt werden konnte, erlaubt die Anzahl der Abschlüsse als Diplomjurist keine Rückschlüsse auf die bisher nicht bekannte Anzahl der Diplom- arbeiten.

(Meine persönliche Anmerkung: Man muß sich diese Zahl auf der Zunge zer- gehen lassen)

Die Anzahl der Absolventen des Fach- schulstudiums von 1968 bis 1984 mit dem Abschluß Fachjurist betrug 7613.

(Quellen: BStU, Dokumente Reihe A; Nr. 2/94 „Die Dissertationen an der Juristi- schen Hochschule des MfS“)

„Einblick ins Geheime“

(blz)Die frühere Stasi-Zentrale in Berlin wird weiter zum Lernort für Geschichte ausgebaut. Eine neue Dauerausstellung im riesigen Archiv mit original erhaltenen Akten der DDR-Staatssicherheit solle vor- aussichtlich im Juni eröffnet werden, sagte der Bundesbeauftragte für die Stasi- Unterlagen, Roland Jahn. „Der Campus für Demokratie nimmt Kontur an. Der Ort der Repression und der friedlichen Revo- lution wird nun immer mehr zum Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand.

Die Ausstellung mit dem Titel „Einblick ins Geheime“ soll auf drei Etagen im teil- sanierten Haus 7 gezeigt werden. Bislang gab es nur limitierte Führungen durch das umfangreiche Archiv.

Liebe Kameraden,
mein Fazit daraus:

Diese Abschlüsse müßten durch den Deutschen Bundestag auf seine Gültig- keit überprüft werden und es muß eine öffentliche Anhörung erfolgen.

In der Zeit vom 8. Juni bis zum 10. Juni 2018 findet in Potsdam der Bundeskon- greß der Landesbeauftragten statt.

Wir sollten diese Veranstaltung, in Nähe des historischen Ortes der ehe- maligen „Juristischen Hochschule“ des MfS nutzen, um auf diese Abschlüsse, die uns geschadet haben, aufmerksam zu machen. Und aufmerksam darauf zu machen, daß bis heute ehemalige Absol- venten dieser Hochschule praktizieren.

Eine entsprechende Anfrage für eine Ge- nehmigung habe ich an die Behörde der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommu- nistischen Diktatur (LAKD) gestellt.

Ich würde mich freuen, wenn ich ent- sprechende Unterstützung durch unsere Vorstände der VOS, der UOKG und die Behörden, die sich mit der Aufarbei- tung der SED-Diktatur beschäftigen, er- halten würde.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Peter Heubach
Bezirksgruppe der VOS
Mecklenburg-Vorpommern

Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expres- ses“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

Projekttag zu deutschen Diktaturen

Seit einer Empfehlung der Kultusministerkonferenz vom Juni 2009 gibt es für Schulen in Deutschland die Möglichkeit, jährlich am 9. November einen Projekttag durchzuführen. Dieser soll zur vertieften Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts anregen, so mit der nationalsozialistischen Diktatur und mit der kommunistischen Diktatur in der DDR.

Die Außenstelle des BStU Neubrandenburg beteiligt sich seit 2015 an diesem deutschlandweiten Projekttag. Die Veranstaltung im November 2017 führte sie gemeinsam mit dem Regionalzentrum für

demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte und dem Stadtarchiv der Stadt Neubrandenburg durch.

In fächerübergreifenden Workshops – z.B. zu den Themen „Kratzspuren durch Menschenhand – Flucht über die Berliner Mauer“, „Anpassen oder Aufbegehren – Schülerprotest in Anklam 1961“ oder „Doping im Sport“ – konnten sich die Schüler anhand von Stasi-Unterlagen oder Unterlagen aus dem Stadtarchiv über Machtmechanismen von Diktaturen informieren, mit Zeitzeugen austauschen oder über den Wert der Demokratie diskutieren.

Systeme im Workshop „Demokratie vs. Diktatur“ an. Die Außenstelle des BStU führte gleich vier Workshops durch, die teils gut reflektiert wurden.

Im Workshop „Kratzspuren durch Menschenhand – Flucht über die Berliner Mauer“ lernten die teilnehmenden Gymnasiasten den Zeitzeugen Mike Torfstecher kennen und erfuhren anhand seiner Flucht unter der Berliner Mauer etwas über dieses unmenschliche Bauwerk, über individuelle Fluchtgründe und konnten in einer Gruppenarbeit testen, wie sie heute in ihrem Leben schwierige Entscheidungen treffen würden. Die Klasse des Sportgymnasiums Neubrandenburg wie auch andere Teilnehmer an den Workshops zeigten sich sehr aufgeschlossen den Themen des Projekttages gegenüber.

Dies und das bereits vorhandene Wissen über die DDR-Diktatur bei den Schülern macht Hoffnung in Bezug auf die politische Bildung junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Marita Richter, Außenstellenleiterin des BStU in Neubrandenburg, lobte die Schüler denn auch zum Abschluß und machte ihnen Mut, sich weiter zu informieren und für die Demokratie stark zu machen.

Jörg Plath



Zeitzeuge Mike Torfstecher (vorn) und Außenstellenleiterin Marita Richter vor Schülern.

Der freiwillige Projekttag wurde von den Klassen rege genutzt. Im Regionalzentrum für demokratische Kultur eigneten sich die Teilnehmer anhand eines Rollenspiels und der Gegenüberstellung seiner Ergebnisse Wissen über Vor- und Nachteile demokratischer und diktatorischer

Überlebt im NKWD-Lager Tost

Auszug aus dem Bericht, den Erwin S. (geboren 1898) nach seiner Entlassung 1948 aus dem NKWD-Lager Fünfeichen in Neubrandenburg für einen Freund schrieb, der gemeinsam mit ihm im Mai 1945 nach Kriegsende im Sudetenland verhaftet wurde:

„... Wir lagen dort 10 Tage [im Sudetenland] und wurden immer nachts zwischen 22.00 – 01.00 Uhr verhört. Ich kam in den Tagen zweimal an die Reihe. Diese Verhöre waren nicht von Pappe und auch nicht von schlechten Eltern. U.a. wurde mir die Frage vorgelegt, wer der Verbindungsman zwischen Henlein (Konrad H. geb. 1898, SS-Gruppenführer und Gauleiter, Suicid in US-Haft 10.5.1945) und Hitler war. Als alle Schläge und Drohungen nichts halfen, ließen sie ab.

Unsere Körperteile nahmen langsam jene bekannten Farben an, wie wir sie schon von Hainspach und Schluckenau (Sudetenland) mit heimgenommen hatten. – Um den 2. Juni 1945 ging es gegen

17 Uhr zu Fuß nach Zittau ins Gefängnis. Die dortigen Zellen waren alle überfüllt, und in der Zweimannzelle befanden sich schon 16 Mann. Ich stand die ganze Nacht auf der Türschwelle, denn weiter rein konnte ich nicht. Ich besah mir so die Gestalten reihum, ich dachte, ich wäre nur grün und blau, nein sie alle sahen genauso aus wie ich, mitunter noch viel schlimmer und alle zitterten vor Angst, wieder zum Verhör geholt zu werden.“

Von Zittau ging es weiter zu Fuß nach Bautzen:

„... Es dauerte nicht lange, und die ersten Männer fingen an lahm zu gehen. Hier wirkten wieder die Gummiknüppel der Posten Wunder. Am Nachmittag und bei sengender Hitze half auch Schlagen nichts mehr. Sie blieben ganz einfach liegen, und wenn sie die Posten zu Tode prügelten. Einige mußten die Halbtoten auf den mitfahrenden Proviantwagen werfen. Manch einer hatte hier auf dem Weg nach Bautzen schon seinen Geist

aufgegeben. Er wurde vom Wagen in den Straßengraben geworfen.“

Schließlich erreichten die Gefangenen nach langem Marsch – schätzungsweise 70 km – erschöpft das Gelbe Elend, wo täglich neue Häftlinge in die bereits total überfüllte Anstalt eingeliefert wurden. Alles, was man noch an persönlicher Habe bis hier hatte retten können, wurde einem jetzt abgenommen. Unter den Häftlingen befanden sich laut Erwin S. auch Jungs im Alter von 14 bis 16 Jahren.

Er beschreibt das „Leben“ im Knast, die drangvolle Enge, grassierende Darmkrankheiten, das wenige, miserable, stinkende Essen, das den Körper in alle Richtungen zur Hergabe nötigte. Mitunter trafen sich Marschkumpels bei Verlegung innerhalb des Zuchthauses wieder, das waren kleine Freuden im Knastelend.

Zeitweise war er in einem Saal mit 400 Gefangenen eingesperrt. Von hier erinnert er sich auch an einen freundlichen Russen, „ein alter Mann von ungefähr 50 Jahren“, ein Posten, der manchmal abge-

nommene Sachen heimlich zurückbrachte oder auch Tabak und sich liebevoll um weinende Jungs kümmerte.

Ende Juli wurden 1197 Männer zum Abtransport auf dem Hof versammelt, wieder zu Fuß zum Bahnhof – eingehakt in Fünferreihen – zur Verladung in Viehwaggons. Die Häftlinge witterten schon Entlassung. Aber nichts da, der Transport ging nach Oberschlesien, nach Tost (heute polnisch Toszek) und brauchte sechs Tage – für 450 km. Zuvor erlebte Erwin S. noch ein kleines Highlight seiner Gefangenschaft: Er fand einen Strick, mit dem er endlich seine Hose festmachen konnte.

In meiner Datenbank habe ich 102 Männer aus dem Sudetenland erfaßt, die mit ins NKWD-Lager Tost mußten.

Der viermonatige Aufenthalt in Tost war denn auch nicht gerade ein Erholungsurlaub, als es im Dezember für etwa 800 Häftlinge weiter ins nächste Lager nach Graudenz/Westpreußen ging. Insgesamt gab es etwa 4500 Häftlinge, wovon bis Dezember 3000 umgekommen waren, überlebt hatten ca. 1500.

Für den 18. Mai 2019 plane ich wieder eine Fahrt und Gedenkfeier in Tost/Toszek, wo wir schon so oft freundlich empfangen wurden von unseren Freunden vom Deutschen Freundschaftskreis und der polnischen Stadtverwaltung mit dem deutschsprechenden Bürgermeister Kupczyk und seiner Familie – für deren Unterstützung man gar nicht genug danken kann. Im Mai 2017 waren wir mit 50 Personen aus Deutschland angereist. Ich



Foto: Ludwig Börner

Gedenkstein in Tost.

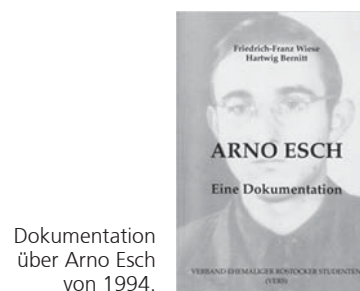
wünsche mir für Mai 2019 die gleiche Teilnehmerzahl.

Sybille Krägel

Gedenkveranstaltung für Arno Esch

(VERS) Rund 50 Weggefährten von Arno Esch, Beschäftigte der Universität Rostock und Mitglieder des Verbandes ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) haben am 6. Februar 2018 des von den Sowjets hingerichteten ehemaligen Rostocker Studenten

gedacht. Arno Esch wäre an diesem Tag 90 Jahre alt geworden. Im Beisein des Rektors der Universität Rostock, Prof. Dr. med. Wolfgang Schareck, legten die Mitglieder des VERS im Hörsaal der Universität einen Kranz zu Ehren Eschs nieder. 



Dokumentation über Arno Esch von 1994.

Diktatur versus Demokratie

Unter dem Titel „Der diskrete Charme der Diktatur? Gefährdungen von Demokratie gestern und heute“ fand in Suhl vom 25. bis 27. Januar 2018 die 11. Geschichtsmesse statt. Im Vordergrund stand die Frage, wie es sein kann, daß Diktaturen für manche Menschen offenbar als Alternativen zu demokratischen Verhältnisse gesehen werden.

Im voll besetzten Ringberg-Hotel in Suhl wurde dieser Frage in Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Filmen nachgegangen. Professor Barberowski (Humboldt-Universität Berlin) wies in einem langen, hochinteressanten Vortrag darauf hin, daß Diktaturen manchmal auch deshalb teilweise akzeptiert würden, weil sie in chaotischen Zeiten schnell „Ordnung“ schaffen könnten, so geschehen in Rußland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und zeitweise auch in Ägypten. In einem Podium zum Thema, wie man aus der Geschichte lernen könne, wurde länger diskutiert, ob Besuche von Gedenkstätten verpflichtender Bestandteil von Lehrplänen in Schulen sein sollten.

Mit warnendem Unterton legte der Journalist (und Jurist) Martin Steinbeis in sei-

nem Vortrag detailliert dar, wie sehr in letzter Zeit die Verfassungsgerichtsbarkeit in Polen, Ungarn und Rußland auf gesetzliche Weise eingeschränkt worden sei. Er mußte in der anschließenden Diskussion allerdings einräumen, daß es viele Staaten in Europa gibt (wie z.B. Großbritannien), die gar keine Verfassungsgerichtsbarkeit haben, ohne daß man diesen den Charakter eine Demokratie absprechen kann.

Die Messe bot auch vielen Verbänden die Möglichkeit, eigene Projekte zu präsentieren. Ich nahm die Möglichkeit wahr, die Bemühungen der UOKG um ein zentrales Mahnmal für die Opfer des Kommunismus darzustellen und auf die demnächst fertig werdende Dokumentation über die 22 Kongresse der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso) hinzuweisen.

Alles in allem ein hochinteressanter und von der Bundesstiftung Aufarbeitung wieder perfekt organisierter Kongreß!

Christian Fuchs

Inflationsausgleich gefordert

(cs) Die UOKG wandte sich kürzlich an die Bundeskanzlerin, Bundestagsfraktionen und alle Ministerpräsidenten mit der Forderung, in dieser Legislaturperiode auf eine Erhöhung der besonderen Zuwendung für Haftopfer (§ 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz) hinzuwirken.

Die besondere Zuwendung für Haftopfer soll die wirtschaftliche Situation der ehemaligen politischen Häftlinge, die ein von der Allgemeinheit auszugleichendes Sonderopfer erbracht haben, verbessern und die materiellen Auswirkungen der Verfolgungsmaßnahmen abmildern.

Angesichts der Tatsache, daß sich die Inflation 2017 bedingt durch gestiegene Lebensmittelpreise und Energiekosten auf dem höchsten Stand seit fünf Jahren befand, ist jedoch festzustellen, daß die besondere Zuwendung für Haftopfer derzeit nicht mehr ihren angestrebten Zweck erfüllen kann und eine Erhöhung dringend erforderlich ist. 

Länderübergreifende Beratung

Der Sächsische und der Thüringer Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bieten gemeinsame Sprechstage zu Fragen der Rehabilitierung von DDR-Unrecht im Landkreis Altenburg an.

Hintergrund der gemeinsamen Beratung ist die wechselvolle Geschichte der Gemeinden an der heutigen thüringisch-sächsischen Grenze. 1952 proklamierte das SED-Regime den forcierten Aufbau des Sozialismus und löste mit einer Verwaltungsreform die alte Länderstruktur auf. Altenburg wurde dem Bezirk Leipzig zugeordnet. Erst 1990 kam der Kreis wieder zum Freistaat Thüringen.

Manfred Buchta und Utz Rachowski beraten im Auftrag der Landesbeauftragten vor Ort. Bei der Beratung können Möglichkeiten der strafrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung von SED-Unrecht besprochen werden. Auch laufende Rehabilitierungsverfahren, Fragen zu politisch motivierten Benachteiligungen oder ungeklärte Schicksale in der DDR können erörtert werden.

Der vorerst letzte Termin ist:

13.03.2018, Altenburg, Stadthalle „Goldener Pflug“, 9.00–12.00 Uhr und 13.30–16.30 Uhr

Telefonische Anfragen sind während der Sprechzeit unter der (0175) 862 80 16 möglich. Alternative Terminwünsche in der Dresdner Geschäftsstelle können unter der (03 51) 656 81 10 vereinbart werden.

Beratungsangebot

(bkl) Am Mittwoch, dem **21. März 2018**, berät ein Mitarbeiter des Landesverbandes Sachsen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) in den Räumen der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ wieder Menschen, die Opfer politischer Verfolgung in der DDR geworden sind.

Hilfesuchende können sich nach vorheriger Anmeldung – Bürgerkomitee Leipzig e.V., Tel. (03 41) 961 24 43 – zwischen 11.00 und 14.00 Uhr u.a. über Themen wie die verwaltungsrechtliche oder berufliche Rehabilitierung und über Wiedergutmachungsleistungen informieren sowie Hinweise zum Rehabilitierungsverfahren einholen. Anträge liegen ebenfalls bereit. Die Beratung wird im März, April und Mai 2018 zunächst an jedem dritten Mittwoch im Monat angeboten.

Neuer Direktor

(bm) Der Münchner Historiker Axel Drecolli wird neuer Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Der 43-jährige übernahm Anfang Juni das Amt von Prof. Günter Morsch, der Ende Mai nach 25 Jahren in den Ruhestand gehe, teilte die Staatskanzlei am 23. Januar mit. Drecolli leitet seit 2009 den Lern- und Erinnerungsort „Dokumentation Obersalzberg“ des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin.

Als Forschungsschwerpunkte gibt Drecolli unter anderem jüdische Geschichte in Bayern, Geschichte der NS-Verbrechen sowie Erinnerungskultur in Deutschland und Europa an. Er sei nach mehreren Bewerbungsrunden ausgewählt

worden, sagte der Sprecher des Kulturministeriums.

Die 1993 gegründete und maßgeblich von Günter Morsch aufgebaute Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten betreut fünf Gedenkstätten und wird in diesem Jahr mit 3,5 Millionen Euro vom Land Brandenburg gefördert.

Menschenrechtskongreßzentrum

(mrz) In einem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, Holger Kelch, hat sich das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. (MRZ) für den Ausbau des Areals der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus zu einem Menschenrechtskongreßzentrum ausgesprochen. Anlaß seien die gewalttätigen Ereignisse der letzten Wochen seitens einzelner Flüchtlinge und gegen Menschen mit Migrationshintergrund, fremdenfeindliche Demonstrationen, die zunehmende Radikalisierung und Intoleranz in Teilen der Bevölkerung und die damit bundesweit einhergehende negative Aufmerksamkeit für die Stadt.

Seit einigen Jahren verfolgt das Menschenrechtszentrum die Idee des Menschenrechtskongreßzentrums. Gerade jetzt aber sei der Zeitpunkt gekommen, an dem die Politik eine Antwort auf die gefährliche Entwicklung in der Stadt geben könne.

„Es sollte nicht nur ein Zentrum sein, in dem wir als kleiner Verein Aufarbeitung des SED-Unrechts betreiben und von Menschenrechten sprechen. Es wäre ein Kongreßzentrum, in dem Kongresse auch von Dritten zu ethischen, historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Themen rund um das große Thema Menschenrechte stattfinden. Dies könnte ein Mediziner-, ein Historiker-, Lehrer- oder ein Informatikerkongreß sein. Die Grenzen der Ethik, der Medizin, der Geschichte, der Politik, der Technik, der Wirtschaft usw. berühren vielfach die Menschenrechte. Weil das MRZ ein authentischer Ort des früheren Unrechts ist, hat es für Veranstalter eine andere Bedeutung als ein modernes Hotelkongreßzentrum. Cottbus ist zwar am Rande der Republik, aber im Zentrum Europas. Die Nähe zu Polen und zu den anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern eröffnet uns viele Perspektiven, auch Besucher aus Ost- und Mitteleuropa für solche Kongresse zu locken“, heißt es im Brief.

„Mauern. Gitter. Stacheldraht“

Politische Repression in SBZ und DDR 1945–1990

Eine Plakatausstellung der UOKG

Die Ausstellung gibt den vielfältigen Repressionen in SBZ und DDR Namen und Gesichter. Sie ist eine gute und preiswerte Möglichkeit, um an öffentlichen Orten die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland anzuregen und zu fördern.

Die Ausstellung (die auch als Wanderausstellung im Banner-Format bestellt werden kann) besteht aus 17 Plakaten in der Größe DIN A1. Sie wird für eine Gebühr von 10 Euro plus 10 Euro Porto und Verpackung per Post zugesandt. Auf Wunsch wird für die Eröffnung der Ausstellung ein authentischer Zeitzeugenvortrag vermittelt. Der Kostenanteil dafür beträgt 50 Euro. Die Ausstellung kann bestellt werden bei: UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail Geschaeftsstelle@uokg.de; weitere Informationen in Ausgabe 8/2016 und auf www.uokg.de/wanderausstellung.

Ein derartiges Menschenrechtszentrum könne jedoch nicht nur von Kongressen Dritter leben. Es sollte dauerhaft Flüchtlingen in Form von länger dauernden Programmen demokratische Werte vermitteln, denn die meisten von ihnen kämen aus Diktaturen oder autokratischen und nicht demokratischen Staaten.

„Es ist uns bewußt, daß ein Projekt dieser Größenordnung, das allein für die Sanierung und den Ausbau des Gedenkstättenareals 20 Millionen Euro benötigt, keine Aufgabe ist, die kurzfristig umgesetzt werden kann. Überzeugungs- und Lobbyarbeit bei Entscheidungsträgern, Anträge bei der Europäischen Union, beim Bund oder dem Land sowie das Einwerben von Spenden nehmen eine längere Zeit in Anspruch. Es müßte aber jetzt der Grundstein gelegt werden, wofür das entschiedene und konzentrierte Vorgehen demokratischer Politiker erforderlich ist“, erklärt die geschäftsführende Vorsitzende des Menschenrechtszentrums, Sylvia Wähling. 

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

Die BStU-Außenstelle Rostock berät einmal im Monat Bürger, wie sie ihre Stasi-Akten einsehen können. Es werden u.a. Fragen zu den Themen Antragstellung, Einsichtnahme in Stasi-Akten, Herausgabe von Kopien, Entschlüsselung der Decknamen von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM), Anonymisierung (Schwärzung), Antragstellung als nahe Angehörige von Verstorbenen, Bildungsangebote und Anträge für Forschung und Medien beantwortet.

Anträge auf persönliche Einsicht in die Stasi-Unterlagen können direkt vor Ort gestellt werden, dafür ist ein gültiges Personaldokument nötig.

Die nächsten Termine sind jeweils **mittwochs am 4. April, 2. Mai und 6. Juni 2018.**

Ort: Societät Rostock maritim (ehemaliges Schiffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock

Kontakt

In Ausgabe 1/2018, Seite 3, Beitrag „Tod an der tschechischen Grenze“, wird berichtet, daß die zuständige Staatsanwaltschaft Weiden lebende Zeugen der Ereignisse sucht. Kontaktdaten sind:

Staatsanwaltschaft Weiden, Ledererstr. 9, 92637 Weiden (Hausanschrift); Postfach 2754, 92617 Weiden (Postanschrift), Tel. (09 61) 30 00-0, Fax (09 61) 30 00-278, E-Mail poststelle@sta-wen.bayern.de 

Leserbriefe

Zirkeltag!

Die Mauer ist so lange weg, wie sie stand.

Doch in den Köpfen vieler Menschen steht sie weiter:

Die Ideologie marxischen Klassenhasses besteht auch 200 Jahre nach der Geburt ihres perversierten Urhebers noch immer, läßt aber dessen verbrecherische Ideologie besonders nach dem Mauerfall langsam aber sicher bröckeln. Deren Relikte (Denkmäler, Straßennamen etc.) gehören auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt.

Den friedlichen Reformen des 1863 unter Federführung Ferdinand Lassalles gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ gehört die Zukunft einer demokratischen freien Gesellschaft.

Fritz Schüler, Heilbronn

Offener Brief

An Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier v. 31.12.2017

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

in Ihrer Weihnachtsansprache rufen Sie die Menschen in Deutschland auf, das Vertrauen in die Politik nicht zu verlieren.

Sie sprechen von sozialer Gerechtigkeit.

Der Rentenbetrug von 300 000 Betroffenen ist nach wie vor ein Thema.

Sie erinnern an den Mauerfall und die damit verbundene Einheit Deutschlands. Bezeichnen das als Werk mutiger Menschen, denen viel zu verdanken ist.

Der Dank des Staates sowie der Politik ist bis heute leider nicht bei den DDR-Altübersiedlern und -Flüchtlingen angekommen. Jene 300 000 betroffenen Menschen kämpfen nach wie vor für ihr Recht auf Rente nach dem Fremdrentengesetz und damit Gerechtigkeit. Hier werden die

Menschen ganz bewußt um ihre zugesagte Fremdrente betrogen.

Sie haben im Jahr 2011 bereits diese Ungerechtigkeit verstanden und als Bundestagsabgeordneter einen Antrag sowie einen Vorschlag an den Deutschen Bundestag 17/5516 für uns Betroffene erarbeitet. Leider konnten Sie sich nicht durchsetzen.

Wir haben eine Bundeskanzlerin, die in der DDR nicht im Widerstand tätig war. Sie will weder mit uns sprechen, noch die Zusage der Bundesregierung unter Helmut Kohl uns gegenüber durchsetzen.

In Ihrem Amt können Sie bewirken, der Politik zumindest Druck zu machen. Bitte wirken Sie mit, daß in Deutschland wieder demokratische Verhältnisse hergestellt werden, politische Zusagen gehalten werden und die sozialen Ungerechtigkeiten ein Ende haben.

Vielen Dank.

Jutta Schwenke, Mitglied IEDF

Abschied

Am 9. Februar 2018 ist Klaus Gronau verstorben. Er bleibt uns als aktiver und aufrechter Streiter für die Aufarbeitung des Unrechtes der SED-Diktatur in guter Erinnerung. Insbesondere setzte er sich als Zeitzeuge des 17. Juni 1953 dafür ein, daß der Platz vor dem heutigen Bundesfinanzministerium in „Platz des Volksaufstandes“ umbenannt wurde. Seine jahrelangen unermüdeten Bemühungen waren schließlich von Erfolg gekrönt. Wir haben diesen Tag ausgiebig gefeiert.



Klaus Gronau (r.) 2017 mit Dieter Dombrowski.

In vielen Veranstaltungen stand er uns mit seinem umfangreichen Erfahrungen zur Verfügung. Als ehemaligem Mitglied unseres Vorstandes hat ihm die UOKG großen Dank abzustatten. Am 15. Februar 2017, fast genau vor einem Jahr, ehrte die UOKG sein Wirken auf ihrer Festveranstaltung. Wir trauern um einen Verbundenen, der unermüdet bis ins hohe Alter für Demokratie und Rechtsstaat gestritten hat. Klaus Gronau wurde 80 Jahre alt.

Christian Sachse

Spione wie ihr!

Kann man über kommunistische Geheimdienste lachen? Das kann man durchaus, vorausgesetzt, man ist örtlich wie zeitlich weit entfernt. Der Autor Tytus Jaskułowski fragt allgemein: Sind Geheimdienste ein lustiges Thema? Die Antwort macht er an Dokumenten des polnischen und des DDR-Geheimdienstes fest. Auch Jaskułowski erinnert eingangs seines Buches an die Rahmenbedingung. Man dürfe nie vergessen, daß die heute als Ironie wahrgenommenen Sachverhalte früher mit dem Leben bezahlt werden konnten. Manch ein Witzeerzähler mußte in den 50er Jahren gesiebte Luft atmen. Der Humor kommunistischer Geheimpolizeien kannte keinen Spaß, er war aber vielfach in ihren eigenen Dokumenten

enthalten. Daß das geschriebene Wort nicht in jedem Falle die Stärke der Geheimdienstler war, wird im Buch am Rande dokumentiert.

Schwerpunkt des Buches sind die Sachverhalte, die in den Akten beschrieben werden. Wenn die Tochter eines Offiziers ihren Vater wegen des Versuchs der Flucht in den Westen denunziert, der Vater hingerichtet wird und sie dann den vorgangsführenden Geheimpolizisten heiratet, bleibt einem das Staunen, wenn der Vorgang dann auch noch „Lump“ heißt, das Lachen im Halse stecken. Tatsächlich lustig wirkt dagegen die Verwirrung, als Beobachter eine Person gleichzei-

tig an zwei weit auseinander liegenden Orten gesehen haben wollten. Sie wurden des Genusses des Alkohols schon am Morgen bezichtigt. Die „Person“ waren „gewisse, heute sehr bekannte Zwillingbrüder“. Bei ihren Beobachtungen nahm die Geheimpolizei gern sogenannte soziale Agenturen in den Fokus. Was sind soziale Agenturen? Dieser polnische Begriff heißt ins Deutsche übersetzt: Puff. Solche Spezialbegriffe der Geheimdienstler durchziehen die Unterlagen.

Die meisten polnischen Dokumente beziehen sich auf die Zusammen- und Gegeneinanderarbeit der beiden Geheimdienste. Und diese Beziehungen waren äußerst kompliziert. Operationen des MfS in Polen wurden von der polnischen Sicherheit nicht immer gern gesehen, andererseits nahm sie nach Ausrufung des Kriegsrechts die materielle Hilfe des MfS in Anspruch. Sogar auf den Bürobedarf bezog sich das. Sehr kurios wirken die im Buch beschriebenen Studien zum diplomatischen Geschenkwesen.

Selbstverständlich nehmen Dokumente zu „Solidarność“ breiten Raum ein. „Der Oberleutnant Z. versteht und spricht die deutsche Sprache gut, bezeichnet Artikel im Neuen Deutschland über die Situation in der VR Polen als glatte Lüge.“ Anonyme polnische Briefe in die DDR – „Brüder, wir wünschen euch Freiheit und Wiedervereinigung...“ – unterstreichen, daß der Freiheitsdrang unangepaßte Menschen in beiden Staaten verband.

Vor allem die sowjetische Besatzungsmacht, obwohl in Polen und in der DDR sehr unterschiedlich strukturiert, war Ziel und Inhalt der Kritik. Im Buch werden zahlreiche Protest- und Widerstandskaktionen in der DDR zur Unterstützung der antikommunistischen Polen erwähnt und anhand von Akten dokumentiert. In Wustermark zum Beispiel stellte die Stasi 1982 Graffiti „Polska Wolna“ (Freies Polen) fest, in Heiligenstadt registrierte sie 1984: „Nazis mordeten Pater Kolbe – Kommunisten Pater Popieluszko“, in Zwickau „Hoch lebe Deutschland, hoch lebe Solidarnosc“. „Lernt polnisch!“ – eine Aufforderung an DDR-Bewohner, die der Sicherheitsdienst nicht gern hörte.

Aus gutem Grunde waren polnische Aphorismen, etwa von Stanisław Jerzy Lec, in der DDR im Literatur-Giftschrank und höchstens unter dem Ladentisch zu erhalten, in den letzten Jahren der DDR gelegentlich auch in der Satirezeitschrift „Eulenspiegel“ zu lesen. Mit Jan Leński gesprochen: „Herrscht der Haifisch mitten im Meer, gibt's einen sicheren Test – Staatsverbrecher ist der, der sich nicht fressen läßt.“ Es ist klar, da ging der geheimpolizeiliche Puls hoch.

Ein im Buch beschriebener polnischer Staatsbürger trug den Codenamen „Edek“. Man kennt diese Figur aus dem satirisch-absurden Theaterstück „Tango“ des regierungskritischen Autors Sławomir Mrożek. Als absurd mußte kommunistischen Ideologen „Solidarność“ vorkom-

men, meinten sie doch, ihr Staat sei eine Interessenvertretung der „arbeitenden Bevölkerung“ sui generis. Von den Danziger Arbeitern ausgehend: Eine Gewerkschaft in einem kommunistischen Staat – ein Widerspruch in sich.

Das Buch „Spione wie ihr!“ wird vom Autor als ein lustiges Werk vorgestellt. Es enthält zwar zweifellos viele Dokumente aus der Arbeit kommunistischer Geheimpolizeien, wie zum Beispiel ausgewählte Reden des alle Menschen liebenden Erich Mielke, jedoch ist sein Wert darüber hinaus in der Bereitstellung polnischer Texte, ins Deutsche übersetzt, aus dem Geheimdienstmilieu zu sehen. Lech Walesa, der Arbeiterführer, bekannte sich zu Ronald Reagan, dem amerikanischen Präsidenten. Ein gleiches Bekenntnis eines Lehrers in einer West-Berliner Schule zur selben Zeit hätte diesen im Kollegium politisch isoliert: Auch eine absurde Situation.

Die Kommentare Jaskułowskis sind grobenteils wirklich lustig. Kostproben: „Na schön, da hatte die DDR neben Erich Mielke und Erich Honecker auch ihren Bill Gates.“ Oder: „Die Bildenden Künste waren eigentlich nicht die Domäne der Stasi. Es sei denn, es gab operative Gründe dafür, Geld zum Beispiel. Dann konnte eine Zielperson einfach verschwinden. Und mit ihr ihr Eigentum, beispielsweise wertvolle Bilder“.

Alles in allem: Ein lesenswertes Buch, zum Teil lustig, meist nachdenklich stimmend.

Bernd Lippmann



Tytus Jaskułowski: *Spione wie ihr! Groteskes und Kurioses in der geheimen Welt zwischen DDR und Polen 1970-1989*, OEZ Berlin-Verlag, Berlin 2017, 410 S., 24,90 €; Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis Ende Juni 2018, zuzügl. Portopauschale, 20 Prozent Rabatt gewährt: OEZ Berlin-Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Veranstaltungen

9.3. (Fr), 18.30 Uhr:

„Heilende Wunden. Wege der Aufarbeitung politischer Traumatisierung in der DDR“, Buchvorstellung mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg, musikal. Begleitung Erika Kunz (Keyboard), Bilder v. Gino Kuhn u. Film v. Siegm. Faust; Veranstaltung d. Menschenrechtszentrums Cottbus e.V.; Ort: Menschenrechtszentrum Cottbus, Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus

15.3. (Do), 12.00 Uhr:

„...bitte ich um Begnadigung...“ Der Arzt Johannes Hecker (1902-1946), v. Edda Ahrberg u. Anne Drescher, Buchpräsentation u. Gespräch; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V. im Rahmen von „Leipzig liest 2018“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig im ehem. Stasi-Kinosaal

15.3. (Do), 13.00 Uhr:

„Staatsdoping in der DDR. Eine Einführung“, v. Prof. Dr. Ines Geipel, Buchpräsentation u. Gespräch; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V. im Rahmen von „Leipzig liest 2018“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig im ehem. Stasi-Kinosaal

15.3. (Do), 14.00 Uhr:

„Protestanten in Zeiten des Kalten Krieges. Der Wittenberger Kirchentag zum Lutherjubiläum 1983 im Fokus der Staatssicherheit“ v. Annette Hildebrandt u. Lothar Tautz, Buchvorstellung u. Diskussion; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V. im Rahmen von „Leipzig liest 2018“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig im ehem. Stasi-Kinosaal

15.3. (Do), 18.00 Uhr:

„Haft im Gefängnis“, mit Helga Scharf; Begleitveranstaltung d. Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße im Rahmen der Werkstattausstellung „Sechs Wochen sind fast lebenslänglich... – Das Potsdamer Polizeigefängnis Priesterstraße/Bauhofstraße“; Ort: Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

15.3. (Do), 18.00 Uhr:

„Die Grenze des Sozialismus in Deutschland – Alltag im Niemandsland“ v. Klaus Schroeder u. Jochen Staadt, Lesung u. Gespräch; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V. im Rahmen von „Leipzig liest 2018“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig im ehem. Stasi-Kinosaal

16.3. (Fr), 12.00 Uhr:

„Dresden, Bautzner Straße: Von der politischen Haftanstalt zum Ort der friedlichen Revolution“ v. Uljana Sieber, Buchvorstellung u. Zeitzeugengespräch; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V. im Rahmen von

Macht und Widerstand

(VT) Konstantin und Metodi verbindet eine tiefe Gegnerschaft, die seit ihrer Kindheit in der bulgarischen Provinz Bestand hat. Während es Metodi als Karrierist bis in die obersten Ränge der Macht schafft, lehnt sich Konstantin leidenschaftlich gegen das Regime auf und wühlt sich später auf seiner Suche nach der Wahrheit durch die Archive der Staatssicherheit.

Ilja Trojanow entfaltet einen schwindelerregenden Blick in den Abgrund zwischen Macht und Widerstand und ein breites zeitgeschichtliches Panorama von exemplarischer Gültigkeit in seinem gewaltigen Roman.

Nach jahrelangen Recherchen und Gesprächen mit Zeitzeugen und unter Verwendung originaler Dokumente der bulgarischen Staatssicherheit hat er einen politischen Roman geschrieben, in dem die Suche nach Wahrheit, der Anspruch auf die eigene Lebensgeschichte und die Kontinuität von alten Seilschaften und Bündnissen im Mittelpunkt stehen.

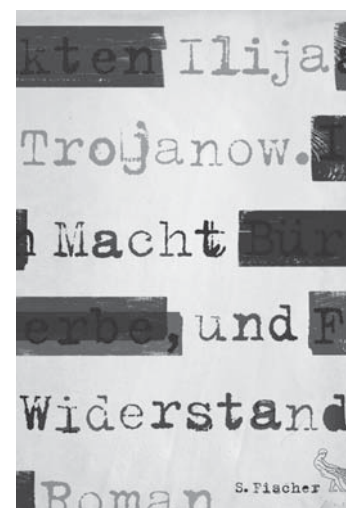
Konstantin und Metodi sind zwei Kontrahenten, deren Wege sich seit der Kindheit immer wieder kreuzen. Konstantin ist Widerstandskämpfer, einer, der schon in der Schulzeit der Staatssicherheit auffällt und ihrem Griff nicht mehr entkommt. Metodi ist Offizier, Opportunist und Karrierist, ein Repräsentant des Apparats – bis in die Gegenwart.

Sie sind aber keineswegs bloße Stellvertreter von „Macht“ und „Widerstand“, vielmehr spiegeln sich in ihrer unterschiedlichen Sprache und Erzählweise höchst eigenwillige und unverwechselbare Persönlichkeiten.

Mit poetischer Kraft und Entschiedenheit, manchmal aber auch mit satirischem Humor und Sarkasmus schildert der Autor diese Schicksale in einem repressiven Regime, wie es in vielen Staaten hinter dem Eisernen Vorhang anzutreffen war.

Ilja Trojanow, geboren 1965 in Sofia, ist einer der vielseitigsten deutschsprachigen Schriftsteller. Sein Roman „Der Weltensammler“ (2006) wurde ein Weltbestseller, zuletzt erschienen der Roman „EisTau“ (2011) und die Kurzgeschichten „Wo Orpheus begraben liegt“ (2013).

Seit vielen Jahren verfolgt Trojanow die Geschichte und Geschehnisse seines Heimatlandes Bulgarien. Das Reportagebuch „Die fingierte Revolution“ und der Fernsehfilm „Vorwärts und nie vergessen – Ballade über bulgarische Helden“ sind beeindruckende Zeugnisse dieser Beschäftigung. 



Ilja Trojanow: *Macht und Widerstand*, Roman, S. Fischer Verlag 2017, 480 S., 12,- €

Immer wieder davongekommen

(VT) „Die Hände meines Vaters“ ist eine epische russische Familiengeschichte vor dem Panorama der Oktoberrevolution, der Weltkriege wie des ganzen 20. Jahrhunderts.

Die jüdische Großmutter der Autorin Irina Scherbakowa hat die Pogrome, die Oktoberrevolution und den Bürgerkrieg von 1917/18 überlebt. Ihr Vater kämpfte als Offizier im Zweiten Weltkrieg vor Stalingrad. Und sie selbst wuchs zur Stalinzeit in Moskau auf. Irina Scherbakowa stammt aus einer Familie, die alle Schrecken des 20. Jahrhunderts miterlebt hat. Und doch empfindet die renommierte russische Publizistin, Germanistin und Historikerin ihre Familiengeschichte als eine glückliche – sind ihre Vorfahren und sie doch immer wieder gegen alle Wahrscheinlichkeit davongekommen. Und so wird ihr Buch zu einem Porträt nicht nur einer Familie, der es stets mit viel Glück gelang, düstere Zeiten zu überstehen, sondern auch und vor allem die mitreißende Geschichte eines bewegten Jahrhunderts.

Irina Scherbakowa, geboren 1949, arbeitet bei der Moskauer Gesellschaft „Memorial“, die sich für die Aufklärung der sowjetischen Repressionen und den Schutz der Menschenrechte in Rußland einsetzt. Sie ist Übersetzerin vieler bekannter deutschsprachiger Autoren ins Russische. 



Irina Scherbakowa: *Die Hände meines Vaters. Eine russische Familiengeschichte*, Droemer Verlag 2017, 416 S., 22,99 €

Heilende Wunden

(VT) Sind einst verborgene Wunden sichtbar geworden, kann der Prozeß ihrer Heilung bewußt eingeleitet und unterstützt werden. Karl-Heinz Bomberg widmet sich den verschiedenen Bewältigungsformen politischer Traumatisierung in der DDR von psychoanalytischer Therapie, sozialen Netzwerken, Humor und Reisen bis hin zu Kunstproduktion, indem er Betroffene selbst zu Wort kommen läßt und ihren Bildern einen öffentlichen Raum zur Verfügung stellt. Mit theoretischen Erläuterungen verleiht er den Berichten und Bildern der Betroffenen einen wissenschaftlichen und künstlerischen Rahmen. Mit diesen eindrucksvollen Ergebnissen reflexiver und künstlerisch-kreativer Durchdringung von Traumatisierungsfolgen gibt er wertvolle Einblicke und Anstöße, die weiter zur Aufklärung und Aufarbeitung der Spätfolgen politischer Traumatisierung beitragen können. Dr. Karl-Heinz Bomberg ist Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Anästhesie und Intensivmedizin. Er arbeitet als Psychoanalytiker in eigener Praxis in Berlin, ist Dozent, Lehranalytiker, Supervisor und ehemals langjähriges Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Psychoanalyse und Psychotherapie Berlin (APB), zudem ist er Liedermacher. Karl-Heinz Bomberg war politischer Häftling in der DDR.



Karl-Heinz Bomberg: *Heilende Wunden. Wege der Aufarbeitung politischer Traumatisierung in der DDR*, Psychosozial-Verlag, Gießen 2018, 220 S., 24,90 €

Sozialismus hinter Gittern

(VT) Autor Peter Rüegg war in den Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin und Potsdam inhaftiert, dann verurteilte ihn ein DDR-Gericht wegen „Schädlingstätigkeit“ zu sieben Jahren Zuchthaus. Was ihn in diese Lage brachte, ist jedoch nicht Gegenstand des vorliegenden Buches. Während seiner Haftzeit traf er auf Hunderte andere Männer, erfuhr von ihren Schicksalen und hörte ihre Geschichten. Es handelte sich um Erlebnisse Mitgefangener, die sie ihm in den Zellen oder während der Arbeitskommandos erzählten. Einige dieser Einzelschicksale hat er in seinem Buch beschrieben. Er ließ aus der Vielzahl der vorübergehenden Haftbekanntschaften einzelne wieder auferstehen: Den Arzt, der so gern eine eigene private Praxis gehabt hätte. Den SED-Parteisekretär, der glaubte, ein probates Mittel gegen den in der kommunistischen Bewegung so übel wuchernden Personenkult gefunden zu haben. Die „legendierte Festnahme“, eine besonders perfide Drangsalierungsmethode der DDR-Staatssicherheit.

Mit den Geschichten will er zum Nachdenken darüber anregen, was geschieht, wenn Richter und Schöffen, Staatsanwälte und Sicherheitsmitarbeiter, Polizisten und Zuchthauswärter alle nur einer Partei verpflichtet sind, die „immer Recht zu haben“ für sich in Anspruch nimmt.



Peter Rüegg: *Sozialismus hinter Gittern. Schicksale aus Ostdeutschland*, OEZ Berlin-Verlag, Berlin 2018, 167 S., 14,90 €; Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis Ende Juni 2018, zuzügl. Portopauschale, 20 Prozent Rabatt gewährt: OEZ Berlin-Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16

Defekte einer Hochschulchronik

(VT) Die Autoren Günter Knoblauch und Roland Mey haben die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit an der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar in den Blick genommen und Kritikwürdiges gefunden. Ihnen stellte sich schließlich im Lauf ihrer Recherchen die Frage: Wird hier absichtlich die jüngste Geschichte geklittert, werden bewußt Stasi-Täter geschützt und wird Stasi-Opfern die Rehabilitation verwehrt? Ist die Hochschule für Musik eine der letzten „roten Bastionen“ der ehemaligen DDR, die zwar die kulturellen Leistungen der Vergangenheit für sich in Anspruch nehmen, ihre Verantwortung für die politischen Verformungen zu DDR-Zeiten aber von sich weisen? Günter Knoblauch und Roland Mey haben anhand von Dokumenten, Interviews, Veröffentlichungen und Podiumsdiskussionen einen Anfang für eine offene Diskussion der jüngeren Vergangenheit der Hochschule gemacht. Ein Buch gegen das (absichtliche) Vergessen.



Günter Knoblauch, Roland Mey: *Defekte einer Hochschulchronik. Die Hochschule für Musik Franz List in Weimar – eine Aufarbeitung*, Mitteldeutscher Verlag 2017, 128 S., 10,- €

Veranstaltungen

„Leipzig liest 2018“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig im ehem. Stasi-Kinosaal

16.3. (Fr), 14.00 Uhr:

„**Sexueller Mißbrauch an Kindern und Jugendlichen in der DDR**“, Buchvorstellung u. Gespräch mit Christian Sachse, Stefanie Knorr u. Benjamin Baumgart (Autoren); Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V. im Rahmen von „Leipzig liest 2018“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig im ehem. Stasi-Kinosaal

16.3. (Fr), 16.00 Uhr:

„**Den Willen zu verlieren, war der halbe Tod**“ – Erinnerungen an politische Gefangenschaft, v. Ariane Zabel, Buchvorstellung u. Gespräch; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V. im Rahmen von „Leipzig liest 2018“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig im ehem. Stasi-Kinosaal

16.3. (Fr), 17.30 Uhr:

„**Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch**“, Buchvorstellung u. Lesung; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig; Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmische Str. 6, 04109 Leipzig

16.3. (Fr), 20.00 Uhr:

„**Heilende Wunden. Wege der Aufarbeitung politischer Traumatisierung in der DDR**“, Buchvorstellung mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg, im Interview mit Dr. Arndt Ludwig, Grußwort v. Dr. Christoph Seidler; Veranstaltung im Rahmen der Leipziger Buchmesse; Ort: Sächsisches Institut für Psychoanalyse und Psychotherapie „Therese Benedek“ e.V., 04105 Leipzig, Gohli-Str. 7

17.3. (Sa), 14.00 Uhr:

„**Aberkannt! Die Verfolgung von Jehovahs Zeugen im Nationalsozialismus und in der SBZ/DDR**“ v. Falk Bersch, Buchpräsentation u. Gespräch; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V. im Rahmen von „Leipzig liest 2018“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig im ehem. Stasi-Kinosaal

17.3. (Sa), 16.00 Uhr:

„**Diktatur und Demokratie im Untergrund. Der Fall DDR**“ v. Jens Hüttmann u. Anna von Arnim-Rosenthal (Hg.), Buchvorstellung u. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V. im Rahmen von „Leipzig liest 2018“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig im ehem. Stasi-Kinosaal

18.3. (So), 11.00 Uhr:

„**Wieland Förster – „Tamaschito**“, Roman einer Gefangenschaft, Lesung mit Frank Arnold, Schauspieler, an-



schließend Gespräch; Veranstaltung d. Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße u.a.; Ort: Villa Quandt, Große Weinmeisterstr. 46/47, 14469 Potsdam; die Veranstaltung ist kostenpflichtig

18.3. (So), 11.00 Uhr:

„Heilende Wunden. Wege der Aufarbeitung politischer Traumatisierung in der DDR“, Buchvorstellung mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg, Mod. Helmut Frauendorfer; Matinée-Lesung im Rahmen der Leipziger Buchmesse; Ort: Bürgerkomitee Leipzig e.V. „Runde Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

20.3. (Di), 18.00 Uhr:

„Sozialismus hinter Gittern. Schicksale aus Ostdeutschland“, Buchvorstellung mit Autor u. Zeitzeuge Peter Rüegg, Mod. Verleger Detlef W. Stein; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

30.3. (Fr), 10.00 Uhr:

„Besinnung am Karfreitag“, mit Erinnerung an das Leid der Opfer der Diktaturen des 20. Jahrhunderts; Veranstaltung d. Bischof-Benno-Hauses Schmochtitz u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

3.4. (Di), 18.00 Uhr:

„Die Partitur des Krieges. Leben zwischen den Fronten im Donbass“, Regisseur u. Produzent Tom Franke zeigt seinen Dokumentarfilm (88 min.); Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

10.4. (Di), 18.00 Uhr:

„1968: Mythos Ost – Mythos West“, Auftaktveranstaltung der Diskussionsreihe „Das doppelte 1968: Hoffnung – Aufbruch – Protest“; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

10.4. (Di), 19.00 Uhr:

„Heilende Wunden. Wege der Aufarbeitung politischer Traumatisierung in der DDR“, Buchvorstellung mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg, im Interview mit Dr. Stefan Wolle, Grußwort v. Rainer Eppelmann; Veranstaltung d. DDR-Museums Berlin; Ort: DDR-Museum, Karl-Liebknecht-Str. 1, 10178 Berlin

17.4. (Di), 18.00 Uhr:

Bertolt Brecht/„**Die Mutter 2.0 – eine Dekonstruktion**“, Autor Ingo Langner führt sein Stück auf mit Vera Lengsfeld, Siegmund Faust u. Gabriel Berger; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

Filmtip

(wp) „Das schweigende Klassenzimmer“ ist ein Spielfilm von Lars Kraume, gedreht nach dem gleichnamigen Buch von Dietrich Garstka (s. auch Ausg. 3/2015, S. 9, „Eine Schulklasse läuft der DDR davon“).

Eine ostdeutsche Abiturklasse entscheidet sich, anlässlich des Ungarischen Volksaufstandes 1956 eine Schweigeminute für die Opfer im Unterricht abzuhalten. Diese gewaltlose Solidaritätsbekundung hat drastische Folgen, mit denen weder Schüler, noch Eltern, noch Schulleitung gerechnet haben.



2006 erschien das Buch über die Geschichte der Schulklasse und wurde zum Bestseller.

Film und Vorlage basieren auf wahren Begebenheiten. Die Ereignisse trugen sich in Storkow zu. Da sich die Stadt jedoch in den letzten Jahren stark gewandelt hat und die alte Schule mittlerweile komplett umgebaut und modernisiert wurde, entschied man sich, Schauplatz und Drehort nach Eisenhüttenstadt zu verlegen, das in den 1950er Jahren als Stalinstadt errichtet wurde und dessen in der damaligen Zeit erbauten Wohnkomplexe I bis III noch komplett erhalten sind.

Allerdings hat man zahlreiche Gebäudefunktionen abgewandelt, beispielsweise wurde aus dem städtischen Friedrich-Wolf-Theater im Film ein Bahnhof und aus dem Rathaus das DDR-Volksbildungsministerium.

Die Weltpremiere des Films war am 20. Februar 2018, seit Anfang März ist er auch in deutschen Kinos zu sehen.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben

Kurt Neumann am 2. April, Margot Franke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze, Holger Streicher am 9. April, Gerhard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Horst Lüttich am 12. April, Hans Keiling am 13. April, Werner Rösler, Karl Zschörnig am 22. April, Silvia Stimming am 23. April, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, »»

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(030) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr
Freitag 8.00–14.00 Uhr

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 11–19 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer,
Peter Kiethe am 27. April, Helmut Zock
am 28. April

Auch allen nicht genannten Lesern, die
Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Prof. Dr. Hans-Günter Au-
rich, Günter Breschke, Eberhard Büttner,
Erwin Donner, Manuela Eickenroth, Pia
Falck, Heike Fegeler, Gerhard Gärtner,
Dr. Hans-Joachim Gutschmidt, Uwe-Rolf
Hinze, Sigrid Jank, Heiner Kausch, Claus
Klappert, Lutz König, Alois Kuhn, Norbert
Langer, Ilsemarie Lorenz, Horst Mundlos,
Ulrich Opperskalski, Jürgen Ritthaler, Axel
Schonder, Rolf Schröder, Anneliese Schu-
bert, Fritz Schüler, Jürgen Seidler, Norbert
Sommer, Wilfried Spoddig, Prof. Dr. Dieter
Steinhoff, Martin Taatz, Karl-Heinz Ulrich,
Herbert Winter

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Politik wird immer noch mit dem
Kopf und nicht mit dem Kehlkopf
gemacht.

Helmut Kohl

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00

BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunisti- scher Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski

Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 20. Februar 2018

